

GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Berlin, Oktober 2007

© bei den Autorinnen und den Autoren und der Heinrich-Böll-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt

Umschlag: blotto Design

Druck: agit-druck

Die Texte sind zuerst erschienen in *Böll.Thema* «Klimawandel. Neue Ziele. Neue Allianzen. Neue Politik» (3/2006) und *Böll.Thema* «Grüne Marktwirtschaft. Die große Transformation» (1/2007). Die vorliegenden Beiträge müssen nicht die Meinung der Herausgeber wiedergeben.

ISBN 978-3-927760-69-1

Bestelladresse:

Heinrich-Böll-Stiftung, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

T +49 30 285340 **F** +49 30 28534109 **E** info@boell.de, www.boell.de

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZU WIRTSCHAFT UND SOZIALES
BAND 1**

Grüne Marktwirtschaft

INHALT

- 7 Vorwort
- 9 Ralf Fücks & Kristina Steenbock
Die große Tranformation Kann die ökologische Wende des Kapitalismus
gelingen?
- 14 Ein Gespräch mit Fritz Kuhn & Wolf Lotter
Abschied vom Rigorismus Über das Verhältnis von Verboten, Lebensstilen und
Einsichten
- 19 Matthias Machnig
Ein neuer New Deal
- 22 Marc Berthold
Grün ist grün – wie der Dollar Durch die Vereinigten Staaten rollt eine grüne
Welle
- 25 Klaus Müller
Bellen und beißen Konsumentenmacht durch Verbraucherorganisationen
- 27 Hannes Koch im Gespräch mit Hermann-Josef Tenhagen
«Gutes Gewissen rentiert sich»
- 30 Gerd Rosenkranz
Die Effizienzverweigerer
- 33 Ottmar Edenhofer
Die kopernikanische Wende
- 36 Claudia Kemfert
Wetter kostet Eine simple Rechnung
- 38 Elisabeth Kiderlen
«I want to be the face» Jerome Ringo, im Portrait
- 41 John Ashton
Ein etwas anderer Blick
- 43 Peter Barnes
Manna vom Himmel
- 45 **Baustellen der Zukunft** Angelsächsische Projekte gegen den Klimawandel

VORWORT

Als die amerikanischen Öko-Pioniere Amory und Hunter Lovins gemeinsam mit dem Unternehmensberater Paul Hawken vor einigen Jahren ihr Werk *Natural Capitalism* veröffentlichten, nahm es in Europa kaum jemand zur Kenntnis. Die Vision eines «Öko-Kapitalismus» schien bei uns nicht anschlussfähig. Dass «wirtschaftlicher Fortschritt am besten in am Markt orientierten Produktions- und Vertriebssystemen» stattfindet, «in denen alle Formen des Kapitals berücksichtigt werden, d. h. menschliches, produziertes, finanzielles und natürliches Kapital», war für große Teile der grünen Bewegung ein fremder Gedanke. Ihre Erwartungen richteten sich in erster Linie an den Staat. Wenn der Kapitalismus, der sich gerade bis nach Russland und China ausbreitete, schon auf absehbare Zeit nicht abzuschaffen war, galt es zumindest, ihn einzudämmen und den Bereich staatlicher Regulierung immer weiter auszudehnen. Dass offene Märkte ein hoch effizientes Innovationssystem sind und Unternehmen zu Vorreitern der ökologischen Wende werden könnten, galt vielen als neoliberale Verirrung. In den letzten Jahren hat ein Wandel im Verhältnis zur Marktwirtschaft eingesetzt. Eine beträchtliche Anzahl von Umweltaktivisten wurde selbst zu erfolgreichen Unternehmern, gründete Wind- und Solarfirmen, Investmentfonds und Beratungsfirmen. Die alternative Energiebranche wuchs zu einem Wirtschaftszweig, der allein in der Bundesrepublik über dreißig Milliarden Euro im Jahr umsetzt. Und immer mehr Großunternehmen beginnen mit dem Aufbau «grüner» Produktlinien und eines effizienten Umweltmanagements. Die Grünen selbst entdeckten, dass gerade im hoch zentralisierten Energiesektor mehr Markt nötig ist, um die Wachstumschancen alternativer Energien zu verbessern und dezentrale Anbieter ins Spiel zu bringen. In den sieben Jahren rot-grüner Regierung konzentrierte sich grüne Umweltpolitik neben dem Atomausstieg vor allem auf marktorientierte Instrumente: Öko-Steuern und CO₂-Abgaben, die Liberalisierung des Energiesektors sowie die Förderung erneuerbarer Energien. Auch die Verbraucherpolitik war auf mehr Markttransparenz und Wahlfreiheit gerichtet, um die Rechte der Kundinnen und Kunden zu stärken. Der gemeinsame Nenner für diese Maßnahmen heißt «ökologische Ordnungspolitik»: Politik soll die Eigeninitiative von Unternehmen und Konsumenten nicht ersetzen, sondern in umweltfreundliche Bahnen lenken. Der Staat ist in diesem Konzept ein wichtiger, aber nicht der einzige Akteur. Die ökologische Wende entsteht aus der Interaktion von Politik, Unternehmen, Wissenschaft, Verbrauchern und Öffentlichkeit. Das ist kein konfliktfreier Prozess, weil dem Kurswechsel sowohl die Macht der Gewohnheit wie mächtige Geschäftsinteressen im Weg stehen. Ohne bindende Zielvorgaben geht die Veränderung in vielen Bereichen nicht schnell genug

voran – die Autoindustrie ist dafür ein trauriges Beispiel. Aber umgekehrt gilt auch, dass ohne die Innovations- und Investitionskraft der Unternehmen der Quantensprung aus dem fossilen Zeitalter in die Epoche erneuerbarer Energien und Werkstoffe nicht gelingen wird. Es stimmt, dass dieser Wandel bisher viel zu langsam vor sich geht. Aber wir sollten darüber nicht die Ansatzpunkte für eine ökologische Transformation des Kapitalismus aus den Augen verlieren. Wenn uns der Klimawandel nur noch eine kurze Frist lässt, um gegenzusteuern, gibt es ohnehin keine ernsthafte Alternative dazu, die Märkte für grüne Ziele einzuspannen.

Das vorliegende Heft behandelt das Thema «Grüne Marktwirtschaft» aus verschiedenen Perspektiven: Wir stellen Akteure, Strategien und Instrumente einer neuen industriellen Revolution vor, die das Zeug zu einem grünen Wirtschaftswunder hat. Dabei geht es uns nicht darum, Gewissheiten zu verkünden, sondern einen offenen Suchprozess zu befördern. Die Beiträge sind weitgehend zwei Ausgaben unseres Magazins *Boell.Thema* entnommen. Die beiden Hefte sind zwar vergriffen, die Beiträge aber weiterhin so aktuell und begehrt, dass wir uns entschlossen haben, sie unter einem anderen Label erneut zu veröffentlichen.

Ralf Fücks und Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin, im Oktober 2007

Die große Transformation

Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?

I Die Aufgabe

Spätestens seit dem Report des britischen Regierungsökonomens Nicolas Stern wissen wir, dass der Klimawandel nicht nur ein ökologisches Risiko erster Ordnung darstellt: auch die ökonomischen Risiken sind gewaltig. Falls das Ruder nicht rasch herumgeworfen wird, werden die hausgemachten «Naturkatastrophen», die mit einem exponentiellen Anstieg der Temperaturen einhergehen, zu einer massiven Vernichtung wirtschaftlicher Werte führen. Dagegen schätzt Stern die Kosten für effektiven Klimaschutz auf ca. ein Prozent der globalen Wertschöpfung pro Jahr. Ihnen stehen enorme Wachstumspotenziale auf dem Feld der «green economy» gegenüber. Fazit: Investitionen in Klimaschutz sind volkswirtschaftlich hoch rentabel – und sie können zum Auslöser eines grünen Wirtschaftswunders werden.

Das klingt fast wie die Quadratur des Kreises: Ökologie als Jungbrunnen der Ökonomie. Aber dahinter steckt eine gewaltige Herausforderung. Es geht um die Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts um 50 Prozent; das entspricht einer Reduktion in den «alten» Industriemetropolen in einer Größenordnung von 80-90 Prozent. Das bedeutet nichts weniger als eine neue industrielle Revolution. In den letzten 150 Jahren hat sich der Kapitalismus die fossilen Energierohstoffe der Erde einverleibt: Kohle, Öl, Gas. Dieses Entwicklungsmuster ist jetzt an seine ökologische Grenze gestoßen – nicht durch die physische Erschöpfung dieser Rohstoffe, sondern durch das Übermaß an Kohlendioxid, das durch ihre Verbrennung freigesetzt wird. Jetzt muss innerhalb weniger Jahrzehnte der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise vollzogen werden, die auf erneuerbaren Energien und geschlossenen Stoffkreisläufen basiert.

Politische Zielvorgaben und rechtliche Normen sind unabdingbar, um die Dynamik des Marktes in eine ökologische Richtung zu lenken. Aber sie können die Kreativität der Marktwirtschaft nicht ersetzen, in der Millionen und Abermillionen von Produzenten und Konsumenten eigenverantwortlich handeln. Unternehmen und Verbraucher müssen selbst zu Akteuren der ökologischen Innovation werden.

II Ökokapitalismus – ein Widerspruch in sich?

Von Karl Marx stammt der berühmte Satz «Der Kapitalismus ruiniert die Springquellen des Reichtums, auf denen er beruht: den Arbeiter und die Natur». Das war scharfsinnig beobachtet. Man muss die Aussage allerdings als Analyse einer Tendenz, nicht als unumstößliche «Gesetzmäßigkeit» lesen. Denn der Kapitalismus ist ein lernfähiges, evolutionäres System, das bisher noch jede Opposition in Innovation verwandelt hat.

Als erste historische Antwort auf die zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus trat im 19. Jahrhundert die Arbeiterbewegung auf den Plan und mit ihr die Sozialdemokratie als ihr politischer Ausdruck. Ihr Projekt war die *soziale Zivilisierung* des Kapitalismus. Sie erkämpfte ein weitverzweigtes Netz von Institutionen: Gewerkschaften, Genossenschaften, Sozialversicherungen, berufliche Bildung, Arbeitsgesetzgebung, Tarifverträge, Mitbestimmung etc.

Im Ergebnis stiegen Lebenserwartung und Lebensstandard der arbeitenden Klassen auf breiter Front, der Anstieg der Massenkaukraft führte zur modernen Konsumgesellschaft. Zwar ist die soziale Einhegung des Kapitalismus ein immer wieder umkämpfter, von Rückschlägen bedrohter Prozess, aber sie ist entgegen aller Unkenrufe auch im Zeitalter der Globalisierung nicht außer Kraft gesetzt. Gerade in den neuen Industrieländern steigen Bildungsniveau und Massenkaukraft, gleichzeitig wächst mit den modernen Technologien und Dienstleistungen auch die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit und die Bedeutung des «Humankapitals» für die Wirtschaft. Ob die Analogie zur sozialen Marktwirtschaft trägt, muss sich noch erweisen. Aber wer genau hinsieht, findet viele Anzeichen dafür, dass die *ökologische Modernisierung* des Kapitalismus bereits begonnen hat. Wenn es stimmt, dass im Wettlauf mit der Klimakatastrophe nur eine kurze historische Frist bleibt, gibt es dazu auch keine ernsthafte Alternative.

III Das Neue wächst im Schoß des Alten

Es geht uns nicht um Spekulationen, sondern um einen geschärften Blick für neue Entwicklungen und Akteure, die zur ökologischen Transformation der Wirtschaft beitragen:

- Zahl und politische Reichweite zivilgesellschaftlicher Organisationen haben in den letzten zwei Jahrzehnten enorm zugenommen. Während 1992 bei der Weltkonferenz in Rio de Janeiro noch 1400 Nichtregierungsorganisationen akkreditiert waren, waren es in Johannesburg 2002 bereits 3000. NGOs sind heute international vernetzt und haben Zugang zu Medien und politischen Instanzen in vielen Ländern. Mit ihrer Fähigkeit zur Skandalisierung fungieren sie als Wächtersystem gegenüber transnationalen Unternehmen.
- Das «Reputationsrisiko» ist vor allem bei Konzernen, die im konsumnahen Bereich tätig sind und einen Markennamen zu verlieren haben, ein harter ökonomischer Faktor. Ihre Umsätze und ihr Börsenwert reagieren empfindlich auf Rufschädigungen. Internationale Kampagnen wie «Nestlé tötet Babies», die Brent-Spar-Aktion von Greenpeace oder die Kampagne gegen ausbeuterische Zustände in den Produktionsstätten von Nike haben Unternehmensleitungen zur Veränderung ihrer Geschäftspolitik gezwungen.
- Umwelttrisiken, insbesondere die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen, werden zunehmend zum ökonomischen Risiko. Gleichzeitig führen langfristig steigende Preise für Rohstoffe und Energie zu einem effektiveren Ressourcenmanagement. Die Verknappung und Verteuerung von CO₂-Emissionsrechten wird diesen Prozess beschleunigen. Ein energieintensives Unternehmen, das keine Strategie vorweisen kann, seine Emissionen zu reduzieren, gefährdet seinen Unternehmenswert.
- Der internationale Aufstieg der grünen Bewegung hat zur *Institutionalisierung des Umweltschutzes* auf breiter Front geführt. Umweltministerien, Grenzwerte,

Umweltabgaben, Ökosteuern, Förderprogramme (wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz), Umweltverträglichkeitsprüfungen und Zertifizierungen haben wiederum dazu beigetragen, dass Umwelttechnologien, alternative Energien und ökologische Dienstleistungen zu einem Wachstumsmarkt wurden, der Kapital anzieht und Arbeitsplätze schafft.

- Die aktuelle Diskussion über den Klimawandel signalisiert selbst hartleibigen Unternehmen, dass sie nicht mehr auf eine fortgesetzte Ignoranz gegenüber globalen Umweltproblemen setzen können. Wer die ökologische Trendwende verpasst, wird von den Märkten abgestraft – siehe die Krise der US-Autoindustrie. Das setzt einen Innovationswettbewerb für mehr Ressourceneffizienz und umweltverträgliche Produkte in Gang, der nach und nach alle Branchen erfasst.
- Eine neue Generation von Managern erlebt in ihrer Ausbildung, dass «Corporate Social Responsibility» und Ökomanagement selbstverständliche Bestandteile ihres Berufsbilds sind. Heutige Ausnahmeerscheinungen wie der neue US-Finanzminister, der als Chairman von Chase Manhattan zugleich Präsident einer der größten amerikanischen Naturschutzorganisationen war, müssen keine Ausnahmen bleiben.
- Die Finanzmärkte reagieren. Investoren, die auf die mittel- und langfristige Stabilität ihres Anlagekapitals angewiesen sind, wie zum Beispiel die großen Pensionsfonds in den USA, beziehen zunehmend klimarelevante, ökologische und soziale Kriterien in ihre Entscheidungen ein. Sie erhöhen damit den Druck auf Unternehmen, sich diesen Fragen zu stellen. Auch die großen Rückversicherer sind zu Verbündeten im Kampf gegen die Erderwärmung geworden, weil die Hurrikan-Schäden astronomische Größenordnungen angenommen haben.
- *Grünes Wagniskapital*: Vor allem in den USA, dem Mutterland privaten Wagniskapitals, ist eine grüne Welle bei Unternehmensbeteiligungen und Gründungsfinanzierungen zu beobachten. Allein im Sektor alternativer Energien wurden dort im letzten Jahr rund dreißig Milliarden Dollar investiert. «Grüne» Investmentfonds boomen. Auch das spricht dafür, dass die nächste große Innovationswelle im ökologischen Bereich stattfinden wird. Viele dieser Veränderungen stehen noch am Anfang, und für sich genommen reichen sie nicht aus, um eine ökologische Wende in der nötigen Geschwindigkeit herbeizuführen. Aber sie verweisen auf neue Potenziale, Akteure und Allianzen, auf die wir uns beziehen können.

IV Neue Allianzen: «Multistakeholder»-Initiativen

Als «liberalization's unexpected consequences» bezeichnet ein Artikel in der *Harvard Business Review* die zunehmende Kooperation von internationalen Unternehmen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. So arbeiten 90 Unternehmen mit einem Gesamtjahresumsatz von 400 Mrd. Dollar zusammen mit Transparency International in der Anti-Korruptions-Initiative PACI. Die *International Union for the Conservation of Nature* schließt Verträge mit Unternehmen über Konsultationen bei Investitionsprojekten und zur Weiterbildung von Mitarbeitern. ABN Amro, die größte holländische Bank, entwickelt zusammen mit Accion International Mikrofinanzmodelle in Lateinamerika. BP kooperiert mit indischen NGOs bei Entwicklung und Vertrieb eines hocheffizienten Kleinofens für den privaten Gebrauch in ländlichen Gebieten, der die berüchtigten Atemwegserkrankungen beim herkömmlichen Verfeuern von

Biomasse verhindert. Die Liste ließe sich fortsetzen. Spannender noch als die Einzelkooperation von Unternehmen und NGOs ist die wachsende Zahl von Initiativen, die auf eine *kooperative Regulierung der Märkte* zielen. Sie setzen da an, wo staatliche Regulierung wegen fehlender internationaler Übereinstimmung nicht greift. Zu den wichtigsten gehören:

- *Extractive Industry Transparency Initiative*: eine Kooperation der marktführenden Öl- und Gaskonzerne, institutioneller Investoren, NGOs, Regierungen und Entwicklungsbanken mit dem Ziel, Transparenz-Standards für die Geldflüsse aus Öl- und Gasprojekten in ressourcenreichen Ländern festzulegen
- *Ethical Trading Initiative und Fair Labor Association*: 111 Unternehmen (u.a.: Puma, Reebok, Adidas, Nike, H+M, Levi Strauss, Marks and Spencer, BodyShop, Chiquita) die sich auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verpflichtet haben
- *Kimberley-Process*: ein Zertifikatssystem für Rohdiamanten, das alle Marktakteure umfasst, um das Problem der «Blut-Diamanten» in den Griff zu bekommen
- *Forest Stewardship Council*: ein Zertifizierungssystem für Holz und Holzprodukte, das inzwischen fast zehn Prozent der kommerziellen Waldflächen erfasst. Zu den Abnehmern der FSC-Produkte gehören heute u.a. Random House Group («Harry Potter auf FSC») und der größte US-Baumarkt Home-Depot.

V Der Finanzmarkt als Seismograph

Für jeden international tätigen Konzern ist die Bewertung durch institutionelle Investoren, also durch die potenziellen Geldgeber, von zentraler Bedeutung. Etwa seit dem Jahr 2000 ist eine zunehmende Relevanz von Nachhaltigkeits-Indikatoren für das Rating von Unternehmen zu beobachten. *Pensionsfonds* sprechen inzwischen von einer «fiduciary duty» (Treuhänderpflicht), Nachhaltigkeitskriterien in ihre Anlagestrategie einzubeziehen, um das Risiko für ihre Anleger zu reduzieren. Damit ernst gemacht hat im vergangenen Jahr der weltgrößte Pensionsfonds TIAA-CREF: Er verkaufte seine Coca-Cola-Anteile (Marktwert 52,4 Mio. Dollar), nachdem bekannt wurde, dass der Konzern gegen Kinderschutz, ILO- und Umweltstandards verstoßen hatte. Der bislang erfolgreichste Zusammenschluss institutioneller Investoren ist das *Carbon Disclosure Project* (CDP), das sich auf klimarelevante Risiken und Daten konzentriert. Seit seiner Gründung im Jahr 2000 ist das CDP von 25 auf 211 Investoren gewachsen und hat heute ein Anlagevolumen von sagenhaften 31 Billionen Dollar. CDP befragt regelmäßig die 500 weltweit größten börsennotierten Unternehmen zu Treibhausgasemissionen und Emissionsminderungs-Programmen. Die Tätigkeit des CDP hat den Druck auf Börsenaufsicht, Unternehmensleitungen und Wirtschaftsprüfer verstärkt, transparente Berichtsstandards zu Klimarisiken zu entwickeln.

VI Was kann, was muss Politik bewirken?

Mit den neuen Dynamiken in der Unternehmenswelt, dem Auftreten neuer Akteure und Allianzen wird staatliche Regulierung nicht überflüssig. Originäre Aufgabe der Politik bleibt, *den Märkten ökologische Zielvorgaben und einen ökologischen Ordnungsrahmen zu geben*. Im Kern geht es um *Erwartungssicherheit* hinsichtlich umweltpolitischer Ziele, an denen die Unternehmen ihre Investitionen ausrichten

müssen, sowie um Kostenwahrheit durch die Einbeziehung ökologischer Folgekosten in die Preise für Energie, Produkte und Dienstleistungen. Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen, das bleibt das A und O einer ökologischen Marktwirtschaft. Die wichtigsten Hebel staatlicher Politik, um diese Transformation zu beschleunigen, sind deshalb:

- Umstellung des Steuer- und Abgabensystems von der Besteuerung der Arbeit auf Ressourcensteuern
- Einführung eines effektiven Emissionshandelssystems, zunächst auf europäischer, im nächsten Schritt auf globaler Ebene
- Verbindliche Zielkorridore für Energieeffizienz und erneuerbare Energien, flankiert durch Förderprogramme für Forschung und Entwicklung
- Stärkung von Verbraucherrechten (Informationspflicht hinsichtlich der Ökobilanz von Produkten und Materialien, erweitertes Haftungsrecht bei Gesundheitsrisiken)
- Verankerung internationaler Mindeststandards im Hinblick auf soziale Rechte und Umweltschutz in Freihandelsabkommen
- Verstärkter Transfer umweltfreundlicher Technologien in die Entwicklungsländer, um deren wirtschaftliches Wachstum in ökologische Bahnen zu lenken.

Machen wir uns keine Illusionen: Allein der absehbare Zuwachs der Weltbevölkerung auf ca. 9,2 Milliarden Menschen wird das globale Wirtschaftswachstum weiter ankurbeln. Die entscheidende Herausforderung besteht deshalb darin, ein wachsendes Volumen an Gütern und Dienstleistungen mit einer drastischen Minderung des Naturverbrauchs zu kombinieren. Ohne konsequente staatliche und globale Ordnungspolitik wird das nicht gelingen. Aber die ökologische Transformation der Marktwirtschaft kann nicht nur «von oben» erfolgen. Sie muss durch eine ökologische Dynamik «von unten» getragen werden, die Öko-Bauern und High-Tech-Unternehmen, Erfinder und Investoren, Umweltverbände und aufgeklärte Konsumenten umfasst. Diese Dynamik zu beschleunigen, darauf muss (grüne) Politik abzielen.



Ralf Fücks ist seit 1996 im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. 1989/90 war er Bundesvorsitzender der Grünen Partei, 1991 Bremer Umweltsenator. Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftspolitik, Migration, Zukunft Europas.



Kristina Steenbock ist Beraterin für Non-Profit-Organisationen und Unternehmen in Berlin, ehrenamtliches Vorstandsmitglied von Germanwatch und Sprecherin des Aufsichtsrats der Heinrich-Böll-Stiftung. Davor hat sie acht Jahre in diversen Funktionen für Greenpeace gearbeitet.

Abschied vom Rigorismus

Ein Gespräch über das Verhältnis von Verboten, Lebensstilen und Einsichten. Moderiert von Dieter Rulff

Dieter Rulff: Herr Kuhn, Ihr Kollege Loske fordert, man dürfe sich angesichts des Klimawandels nicht um die Lebensstilfrage herumdrücken. Ist Konsumverzicht ein probates Mittel gegen den Klimawandel?

Fritz Kuhn: Grüne Marktwirtschaft heißt für mich, klare ökologische Rahmenbedingungen zu setzen, die einen freien Wettbewerb um die beste Lösung ermöglichen. Der Staat muss Spielregeln vorgeben, die umweltgerechten Technologien und Produktionsweisen zum Durchbruch verhelfen und im Gegenzug Verschwendung und Zerstörung der Natur sanktionieren. In einigen Bereichen kann der Staat ökologisches Verhalten mit Maßnahmen fördern, etwa beim Wärmeisolieren von Häusern. Darüber hinaus braucht man tatsächlich eine Diskussion über Lebensstil. Wir brauchen Veränderungen des Lebensstils, aber sie müssen von den Menschen kommen, weil mit Vorschriften viel geringere Effekte erzielt werden als mit Einsicht.

Wolf Lotter: Ich höre mit Freude, Herr Kuhn, dass es eine Hinwendung zur Eigenverantwortung gibt, was das Umweltbewusstsein angeht. Wir haben aber eine, auch von den Grünen stark getragene Tradition, Verbote als die relevante Größe im Umgang mit der Umwelt anzusehen. Der Bürger kommt gar nicht mehr dazu, selbstständig zu agieren, weil er von der Politik gegängelt wird und nach wie vor Vorschriften und Verbote das Maß der Dinge in der Umweltpolitik sind. Wir haben einen sehr apokalyptischen Slang in der Debatte, den ich nicht für konstruktiv halte. Man muss umgekehrt fragen: Welche Schritte können wir machen, nicht, um das Schlimmste zu verhindern, sondern um etwas Besseres zu kriegen. Das spielt aus ideologischen Gründen nach wie vor keine Rolle.

Dieter Rulff: Positive Schritte hieße, sich der Marktmechanismen zu bedienen?

Wolf Lotter: Auch der Marktmechanismen. Der Markt ist in der Tat nicht alles. Wir brauchen einen starken kleinen Staat, der Regeln vorgibt. Keinen der *en masse* Vorschriften und Gesetze produziert, sondern der sich mit seinen Bürgern auf Ziele einigt, die auch realistische Rahmenbedingungen beinhalten. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen muss natürlich auch die Kernfrage beantwortet werden: Was sollen die Energien der Zukunft sein? Wir diskutieren unter dieser Überschrift ständig über eine Energieform, die im Idealfall innerhalb der Europäischen Union zwanzig Prozent des Energiebedarfs abdecken kann. Wir reden aber nicht über Alternativen dazu. Die Atomindustrie profiliert sich jetzt wieder als wichtigster Kämpfer gegen CO₂. Und als einzige Alternative zu präsentieren: reduzieren, verzichten, keine neuen Technologien fördern, das ist den Leuten zu wenig.

Fritz Kuhn: Das ist auch nicht meine Position. Ich will jetzt aber gar nicht über die Atomkraft streiten, sondern etwas zum Verhältnis von Verboten und Lebensstil sagen.

Klare Rahmenbedingungen für den Markt heißt ja nichts anderes, als dass der Staat bestimmt, was geht. Zum Beispiel beim Auto Verbrauchsobergrenzen und ein vernünftiges Tempolimit. Daneben gibt es Maßnahmen mit positiver Lenkungswirkung wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Manches müssen wir persönlich aus Einsicht machen, z. B. seltener Fleisch essen. In anderen Bereichen brauchen wir den Staat. Sie können von Berlin für 19 Euro nach Neapel fliegen. Wenn Sie im Norden Berlins wohnen, kostet das Taxi nach Schönefeld 50 Euro. Dieses Verhältnis stimmt nicht und das muss man ändern.

Dieter Rulff: Indem man Flugreisen verteuert?

Fritz Kuhn: Vom Ende her gedacht. Indem man die CO₂- und die Schadstoffbelastungen in einer Weise sinnvoll ökonomisch quantifiziert, dass eine Vergleichbarkeit entsteht. In einer Grünen Marktwirtschaft werden die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Wer die Umwelt belastet, der muss mehr zahlen als jemand, der das weniger tut. Die Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Verkehrssystemen ist ja nicht so schwer herzustellen.

Wolf Lotter: Wir müssen anfangen, Dinge zu qualifizieren, die wir als Marktfaktoren bisher nicht gesehen haben. Im Konsum würde das auf die Frage hinauslaufen: Was ist uns was wert? Qualität und deren Wert anzuerkennen ist beim Konsum entscheidend, weil es die Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im globalen Zusammenhang des 21. Jahrhunderts ist. Wir haben ein großes Problem mit einem Discountkonsum und wir haben ein Defizit im Qualitätskonsum. Warum? Weil alle politischen Parteien – auch die Grünen – es verabsäumt haben, klar zu machen, dass Qualitätskonsum eine entscheidende Sache ist und dass man sich als Bürger mit grundsätzlichen Fragen der wirtschaftlichen Produktion auseinandersetzen muss. Ein Bürger ohne wirtschaftliche Kenntnisse ist jemand, der nur unzulänglich politisch agieren kann, der auch als Verbraucher relativ hilflos ist.

Fritz Kuhn: Wenn ich von «Grüner Marktwirtschaft» rede, dann meine ich immer auch eine Stärkung der Verbraucher und zwar auch im Sinne von geschmackskundig werden. Da stimme ich Ihnen zu: Qualität kann in Verbindung mit Transparenz und Erfahrung eine extrem ökologische Dimension bekommen.

Dieter Rulff: Ist es nicht gegen den Wind gesprochen, den Verzehr von qualitativ guten, ökologischen Produkten zu predigen, wenn für viele das Portemonnaie das gar nicht hergibt?

Wolf Lotter: Es ist völliger Unsinn, dass arme Leute billig essen. In den Billigmärkten findet man fast nur industriell gefertigtes Essen, das keineswegs billig ist. Die Kulturfähigkeit des Kochens ist verloren gegangen. Das spielt eine deutlich größere Rolle als die Frage des beschränkten Budgets.

Fritz Kuhn: Ich warne davor, die soziale gegen die ökologische Frage zu stellen. Dieses beliebte Spiel kenne ich seit zwanzig Jahren. Immer, wenn jemand eine ökologische Idee hat, heißt es prompt: Aber die kleinen Leute können es nicht machen. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und Beachtung der ökologischen Grundsätze. Es nützt nichts, das gegeneinander zu stellen.

Dieter Rulff: Setzen Sie da politische Prioritäten?

Fritz Kuhn: Wir wissen aus der Nachhaltigkeitsdiskussion weltweit, dass in dem Dreieck zwischen Wirtschaftlichkeit, Gerechtigkeit und Ökologie keine Prioritäten gesetzt werden dürfen. Wir müssen gucken, dass wir eine Wirtschaftsordnung so aufbauen – nicht nur national, sondern auch international –, dass alle drei Bereiche funktionieren.

Dieter Rulff: Sie vertrauen dabei beide primär auf die Mechanismen des Markts.

Wolf Lotter: Natürlich in einem ordoliberalen Handlungsrahmen. Das ist nicht dasselbe, was Herr Kuhn darunter versteht: Sie wollen ja den starken großen Staat.

Fritz Kuhn: Ordoliberal heißt aber nicht lediglich freiwillige Verabredung. Den Ordnungsrahmen muss der Staat setzen. Als ökologisch ausgerichteter Staat wird er andere Elemente haben als heute. Deswegen reden wir auch von einer Transformation. Ohne die geht die Ökologisierung der Wirtschaft gar nicht. Aber innerhalb dieses Rahmens brauchen wir ein richtiges Innovationssystem, bei dem die Leute freiheitlich die beste Lösung suchen und nicht bei jeder Fragestellung staatlich kontrolliert werden.

Dieter Rulff: In der Autoindustrie liegen jahrelange Erfahrungen mit Selbstverpflichtungen vor. Ist der Zeitpunkt gekommen, in Ihrem Sinn ordnungspolitisch einzugreifen?

Fritz Kuhn: Die Politik der Selbstverpflichtung hat in wesentlichen Bereichen nicht funktioniert. Deswegen ist es an der Zeit, dass der Staat, am besten die gesamte Europäische Union, Regeln setzt: Wie viel darf ein Auto maximal verbrauchen? Wie viel darf ein Hersteller maximal verbrauchen oder eine nationale Volkswirtschaft?

Wolf Lotter: Das sind ja goldene Worte, Herr Kuhn. Fakt ist, dass die deutsche Automobilindustrie ökonomisch erfolgreich ist mit den dicken Brummern. Das dürfen wir nicht übersehen. Man verkauft die großen Wagen ausgezeichnet. Andere Hersteller haben für den Massenmarkt fortschrittlichere Technologien angeboten. Das wird die Unternehmen bei uns im Kern treffen, wenn sie nicht nachziehen, denn die Ressource Öl wird teurer. Da müsste der Gesetzgeber keinen Riegel verschieben, denn das erledigt sich von selbst.

Fritz Kuhn: Wir diskutieren seit zwanzig Jahren über den Klimawandel und die deutsche Automobilindustrie hat sich trotzdem weiterhin im Segment der Großen angesiedelt. Augenscheinlich hat es, weil man es bei freiwilligen Vereinbarungen belassen hat, an Druck gefehlt. Das regelt sich auch nicht ausreichend über den Benzinpreis. Angesichts der Klimakatastrophe muss der Staat sagen, wie viel CO₂-Emission eigentlich noch möglich ist pro gefahrenem Kilometer. In Zukunft wird nur der Geld verdienen, der kapiert, dass man eine Ökologisierung der Technologie braucht. Wer das nicht versteht, wird auf dem Markt keine Chance mehr haben. Das hieße für uns in Deutschland eine Strukturkrise, gegen die die Stahl- und Kohlekrise eine harmlose Veranstaltung waren.

Dieter Rulff: Was durch die diversen Innovationen an Ökoeffizienz erreicht worden ist, ist regelmäßig durch den erhöhten Verbrauch wieder verzehrt worden. Muss man wieder anders über die Grenzen des Wachstums nachdenken?

Fritz Kuhn: Wir sind extrem abhängig vom quantitativen Wachstum, das müssen wir ändern. Solange der Staat verschuldet ist, gibt es gar keine Alternative zum quantitativen Wachstum. Das folgt aus der Zins- und Zinseszinsformel. Das Ideal wäre eine qualitative Wachstumsstrategie, die die ökologische Belastung Jahr für Jahr minimiert und die Abhängigkeit vom quantitativen Wachstum reduziert. Das geht nur über ausgeglichene Haushalte, weil dann der Staat nicht mehr wie heute ein Wachstumsmotor *sui generis* ist. Der Abbau der Staatsverschuldung ist darum eine der dringlichsten politischen Aufgaben.

Wolf Lotter: Ich glaube, dass auch ein Schlüssel in dem steckt, was zu Beginn als starker kleiner Staat bezeichnet wurde. Jede Vorschrift, jedes Gesetz muss für den Bürger einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Verhalten und Kosten oder Nutzen herstellen. Ansonsten können wir einfach den Markt regeln lassen. Energie ist mittlerweile so teuer, dass jeder ziemlich verrückt ist, wenn er nichts tut. Der Technologiedruck auf die Automobilherzeuger, auf die Energieerzeuger, auf die vorhandene Mobilität wird stärker. Und es wird Lösungen geben, über die wir staunen werden. Man kann sie allerdings nicht staatlich verordnen, das funktioniert nicht.

Dieter Rulff: In etwa 15 Jahren ist der Zeitpunkt erreicht, ab dem der Klimawandel unumkehrbar wird. Die Erfahrung lehrt, dass kapitalistische Wirtschaftsprozesse, der Wettbewerb nationaler Standorte, die Innovationswillig- und -fähigkeit der Unternehmen ihrer eigenen Dynamik folgen. Reicht die Zeit, um umzusteuern?

Fritz Kuhn: Ich bin der Überzeugung, dass man das schaffen kann, indem man klare Leitplanken setzt für die Märkte, und wenn man andererseits den Eifer der Leute in einer richtigen Weise mobilisiert, mehr zu tun. Allerdings gibt es, wenn wir von den fünfzehn Jahren ausgehen, eine gefährliche Versuchung der Politik, alles auf das Ende zu schieben, weil sie in Vierjahreszyklen denkt. Diese Verschiebung bedeutet aber: Es wird schwieriger und teurer. Das heißt für mich: Jetzt machen.

Wolf Lotter: Selbst in den schlimmsten Klimaszenarien kriegen wir unser Fett gar nicht recht ab. Die, die es abkriegen, sind die, die am Äquator leben. Dorthin müssen wir Demokratie exportieren, uns um Bildung und Chancen kümmern, um nicht am Ende für Evakuierung sorgen zu müssen. Das ist die eigentliche Aufgabe, die sich über die nächsten Jahrzehnte stellt. Das ist eine wesentlich komplexere Aufgabe, als sich ständig mit dem Popanz CO₂ zu beschäftigen, der unbewusst nur mehr um die Frage geht: CO₂-Handel, CO₂-Reduktion. Wir haben in einer sehr komplexen Welt viele Hausaufgaben nicht gemacht, gerade in den bevölkerungsreichen Zonen des äquatorialen Bereichs. Dort droht nun die wirkliche Klimakatastrophe. Wir im Norden, wo Angst die Debatte dominiert, haben eigentlich kein großes Problem. Wir kriegen nur eins, wenn wir uns weiter der Globalisierung verschließen. Wir sind die, die heute den Menschen im Indien von Morgen, im Lateinamerika von Morgen, das Leben verhaßeln. Das bewusst zu machen, ein ernsthaftes globales Bewusstsein aufzubauen, ist eine Mammutaufgabe und wesentlich schwieriger als das Festnageln einiger Grenzwerte bei Treibhausgasen.



Fritz Kuhn ist Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Er ist Gründungsmitglied der Grünen, seit 2000 Mitglied des Bundestags und Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit.



Wolf Lotter ist seit zwanzig Jahren Wirtschaftsjournalist und widmet sich vor allem der Transformation von der Industrie- in die Wissensgesellschaft. Er ist Mitbegründer und leitender Redakteur des Wirtschaftsmagazins *Brand eins*. Jüngste Veröffentlichung: *Verschwendung – Wirtschaft braucht Überfluss*. Hanser Verlag 2006.



Dieter Rulff ist freier Journalist in Berlin und verantwortlicher Redakteur der gesellschaftspolitischen Zeitschrift *vorgänge*. Bevor er Redakteur bei der *taz* und anschließend Ressortleiter Innenpolitik bei der Hamburger Woche wurde, hatte der Politikwissenschaftler eine Radiostation gegründet und die Sendung für die DDR-Bürgerrechtsbewegung «Radio lasnost» geleitet.

Ein neuer New Deal

«Ökologische Industriepolitik ist die strategische Antwort auf die zentralen Herausforderungen der Zeit»

In seiner legendären Studie zeichnet der ungarische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi die allmähliche Verselbständigung der Ökonomie gegenüber der Gesellschaft im 17., 18. und 19. Jahrhundert nach. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und zweier Weltkriege analysiert er den Prozess einer sich durchsetzenden freien Marktwirtschaft: Im Zuge der *Großen Transformation*, so der Titel des Buchs, drohen die Industriegesellschaften ihre eigenen sozialen Voraussetzungen, ja ihre physische Substanz zu zerstören. Inzwischen wissen wir, dass die Weltwirtschaftskrise zwar eine epochale Zäsur, aber nicht das Ende der «großen Transformation» bedeutete. Der Prozess einer sich verselbständigenden Ökonomie ging und geht weiter und hat durch die Globalisierung eine neue Qualität bekommen. Im Angesicht von Klimawandel und eines Raubbaus an natürlichen Ressourcen ist die Gefährdung der «physischen Substanz» allgegenwärtig.

Unsere westlichen Gesellschaften sind Industriegesellschaften, trotz der Ausweitung des tertiären Sektors. Die großen Hoffnungen, die sich mit der Herausbildung einer postindustriellen Gesellschaft verbanden, haben sich nicht erfüllt. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung mit steigenden Bedürfnissen und vor dem Hintergrund eines globalen Industrialisierungs- und Wachstumsschubes wird die «Industriegesellschaft» weltweit sogar an Bedeutung gewinnen. Nicht Verzicht oder Flucht ins Postmaterielle kann unsere Welt vor dem ökologischen Kollaps und dem Verlust der «physischen Substanz» retten, sondern das beherzte Eingreifen durch innovative Umwelttechniken. Dafür bedarf es der Wiederentdeckung der Idee des technischen Fortschritts anstelle eines Technikskeptizismus, der über die Risikoanalyse nicht hinaus kommt. Umweltpolitik muss heute im Kern Innovationspolitik sein. Und als übergreifende Modernisierungsstrategie brauchen wir eine Ökologische Industriepolitik, bei der Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eng zusammenarbeiten!

Ökologische Industriepolitik, das ist eine ökonomische Antwort auf die ökologische Herausforderung. Sie ist die strategische Ausrichtung des industriepolitischen Instrumentenkastens auf die zentralen Herausforderungen unserer Zeit: Klimaschutz, Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit. Gemeinsam ist diesen drei Herausforderungen, dass sich in ihnen ökonomische und ökologische Aspekte in einer qualitativ neuen Art verbinden. Vergewärtigen wir uns: Der «Stern-Report» des ehemaligen Weltbank-Chefökonoms Sir Nicolas Stern hat die ökonomischen Kosten des klimapolitischen Nichthandelns einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerufen; die chinesische Umweltbehörde SEPA schätzt die Sanierungskosten für die Umwelt als Folgen des ungebremsten Wachstumsprozesses im Reich der Mitte bereits auf zehn Prozent des Bruttosozialproduktes; steigende Stahl- und Ölpreise zeugen bei uns und weltweit von der Verknappung der Rohstoffe und fossiler Energieträger. Gerade weil sich ökonomische und ökologische Notwendigkeiten überlagern, verbinden sich mit dem Umweltschutz auch

enorme Chancen, ökonomische wie technologische. Energieerzeugung, Energieeffizienz, Materialeffizienz, Recycling, nachhaltige Mobilität und nachhaltige Wasserwirtschaft – die Märkte der Zukunft sind grün. Hier setzt eine Ökologische Industriepolitik an, sie will Rahmenbedingungen entwickeln, die Wachstum und Nachhaltigkeit miteinander verbinden.

Die Zeit drängt. Die Wissenschaft gibt uns noch rund 15 Jahre, um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Wer zur Lösung der Probleme allein auf den Markt und den «Wettbewerb als Entdeckungsverfahren» (Hayek) setzt, erobert die Herzen der ordnungspolitischen Gralshüter, die Zukunft erobert er nicht. Denn so richtig es ist, die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die unsichtbare Hand des Marktes grün wird, so falsch wäre es, allein darauf zu vertrauen. Ein zeitintensives Verfahren und einen marktgesteuerten *try & error*-Prozess können wir uns kaum leisten. Also müssen wir ergänzend tätig werden. Wir brauchen keinen Leviathan, aber einen Staat, der sich auch als Pionier versteht, der gestaltet, Wege weist, aktiv mithilft und den Markt mit zusätzlichen Anreizen versorgt.

Es geht um nichts weniger als darum, jetzt eine dritte industrielle Revolution einzuleiten, das heißt Effizienz- und Technologiesprünge zu fördern und Ökoinnovationen sehr schnell in den Markt und die umfassende Anwendung zu bringen.

- Dazu müssen wir die Forschungsförderung konzentrieren auf Ressourceneffizienz und Energieintelligenz und die «grünen Querschnittstechnologien» systematisch fördern. Nicht nur Nanotechnologie und weiße Biotechnik, auch Green Chemistry, Oberflächentechnik und Bionik bieten enorme Chancen für vielfältige Umwelttechnikanwendungen und damit für Nachhaltigkeit und Umweltschutz.
- Mit Markteinführungsprogrammen schaffen wir die Voraussetzung für eine Massenproduktion von dringend benötigten technologischen Lösungen und Öko-Hightech. Das Energieeinspeisungsgesetz (EEG) hat dazu beigetragen, dass Unternehmen Lerneffekte realisieren, ihre Produktion optimieren und die Produkte kostengünstiger anbieten konnten. Das waren wichtige Voraussetzungen dafür, dass viele deutsche Unternehmen im Bereich Erneuerbare Energien heute globale Akteure sind.
- Im Bereich der Umwelt- und Energietechnik müssen wir sog. «Vorreiter-Märkte» aufbauen. Denn wenn wir die heimischen Märkte so gestalten, dass über eine innovative Angebots- und Nachfragestruktur die künftigen globalen Standards faktisch bei uns entwickelt werden, sind das die besten Voraussetzungen für innovative Unternehmen und eine internationale Marktführerschaft.
- Damit sich die dringend benötigten Technologiecluster ausbilden, bedarf es einer besseren Zusammenarbeit und gegenseitigen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft.
- Exportförderinitiativen müssen sich nicht nur um die bessere Vermarktung der Umwelttechnik «Made in Germany» kümmern, sondern auch für den Export erfolgreicher Politikinstrumente werben.
- Einen wichtigen Beitrag zu unserem Innovationssystem liefert das umweltpolitische Ordnungsrecht. Schärfere Grenzwerte üben, wenn sie rechtzeitig und planungssicher angekündigt werden, einen heilsamen Innovationsdruck auf die Industrie aus. Wann immer möglich, sollten dieser die Mittel und Wege zur Erreichung des Ziels überlassen bleiben.

- Und natürlich braucht dieser Ansatz eine europäische Abstützung – im europäischen Umweltrecht genauso wie in der Wettbewerbs-, Außenhandels- und Forschungspolitik.

Eine innovationsorientierte Umweltpolitik ist ein zentraler Kern. Aber die Ökologische Industriepolitik, die wir brauchen, ist nur als gesellschaftliche Anstrengung machbar. Dies verlangt eine intelligente Verknüpfung von Wirtschafts-, Forschungs-, Infrastruktur-, Außen-, Entwicklungs-, Energie- und Umweltpolitik. Andererseits braucht es den Brückenschlag in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft hinein: So wie die Wiederentdeckung der Idee des technischen Fortschritts einen zivilgesellschaftlichen Rückhalt braucht und Innovationen gesellschaftliche Akzeptanz fordern, muss die Gesellschaft von neuer Beschäftigung und neuer Wertschöpfung eines öko-effizienten Produktivismus profitieren. Franklin D. Roosevelt reagierte mit seinem «New Deal» auf die Weltwirtschaftskrise, die für Polanyi eng mit der «Großen Transformation» verbunden war. Mit der Verknüpfung von staatlichen Investitionen, sozialpolitischer Regulierung und wirtschaftlichen Reformen leitete Roosevelt eine neue Phase kapitalistischer Prosperität ein. Heute brauchen wir einen «New Deal» für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung als Voraussetzung einer großen Transformation hin zu einer zukunftsfähigen, energie- und ressourceneffizienten Marktwirtschaft.



Matthias Machnig ist seit November 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. 1999 bis 2002 war er Bundesgeschäftsführer der SPD. Jüngste Buchveröffentlichung, zusammen mit Frank-Walter Steinmeier (Hrsg.): *Made in Germany 21. Innovationen für eine gerechte Zukunft*. Verlag Hoffmann und Campe 2004.

Grün ist grün – wie der Dollar

Durch die Vereinigten Staaten rollt eine grüne Welle

Als Al Gore seinen Oscar für die Klimadokumentation «An Inconvenient Truth» einsteckte, schwappte die neue grüne Welle zumindest über die Bildschirme durchs Land. Seit Monaten sprechen *Spiegel*, *Economist* und *Newsweek* davon, dass die Vereinigten Staaten derzeit ihre grüne Revolution erleben. Sie fragen sich, ob es eine vorübergehende Mode wie Aerobic oder die South Beach Diet ist oder ob jenseits des großen Teichs wirklich ein neues Zeitalter beginnt? Wie immer in Amerika, und wohl überall sonst auch, gibt es darauf keine einfache Antwort. Wahr ist: Die Leute kaufen mehr biologisch angebaute Lebensmittel, füllen ihren Toyota Prius mit Ethanol und installieren Solarzellen auf ihren Dächern. In Zeitungen und Magazinen präsentieren Unternehmen wie BP, Chrysler oder DuPont ihre grünen Seiten und im Fernsehen laufen selbst auf den Unterhaltungskanälen Spezialsendungen zum Klimawandel und Energiesparen.

Der Trend ging, wie üblich, an den Küsten los. Die Städte sind die Inseln der Grünseligkeit. Whole Foods, die größte Öko-Supermarktkette, hat am New Yorker Central Park eröffnet. Und in San Francisco quälen sich die Hybridautos über die sieben Berge der Stadt – zum Fahrrad greifen die Computerexperten aus Silicon Valley dann doch nicht. Allen voran begeistern sich Al Gore, Leonardo DiCaprio und Julia Roberts für den neuen Lebensstil.

Vieles setzt sich in der Tat erst mithilfe solcher Trendsetter durch. Und die sitzen in der Regel weder im Weißen Haus noch im Kongress. Vielmehr orientieren sich die Menschen an dem, was Amerikas beliebteste Talkshowmoderatorin Oprah Winfrey präsentiert, oder wovon der Schauspieler George Clooney im Frühstücksfernsehen schwärmt. Aber schwappt die grüne Welle, die den Bio-Produkten in den vergangenen beiden Jahren ein Plus von 38 Prozent bescherte, wirklich von den Küsten durchs ganze Land? Oder bleibt sie im Westen in den Rocky Mountains und im Osten in den Appalachen stecken?

Es ist mittlerweile ein Allgemeinplatz, dass alles mit «Katrina» und dem Untergang von New Orleans begann. In der Tat ist Amerika am Tag danach zumindest in Sachen Klimawandel aufgewacht. Plötzlich wurden die harten Fragen gestellt und die Klimaskeptiker hatten ausgedient. Es war jedoch keine Läuterung biblischer Art. Vielmehr waren die Öl- und Kraftstoffpreise explodiert, viele Amerikaner konnten das Autofahren nicht mehr bezahlen. Und die Schäden in den Küstenorten und im Hinterland waren so groß, dass sich die Rückversicherungen fragten, ob sie sich dies noch ein zweites Mal leisten könnten. Im Geldbeutel wurde Klimawandel zur Realität. Das schlug durch bis nach Washington. Sechs Monate nach «Katrina» sprach Präsident Bush in seiner *State of the Union*-Rede von Amerikas Sucht nach Öl und ein Jahr später erhielt auch der Klimawandel Einzug in seine Rede zur Lage der Nation. Während die Verbraucher ihre Hummer und andere dicke Vehikel links liegen ließen und auf sparsamere Autos umstiegen, begannen Bundesstaaten und Städte die Lücke

zu schließen, die die fehlende Klimapolitik Washingtons aufgerissen hatte. Die Förderung von erneuerbaren Energien wurde intensiviert, die nordöstlichen Bundesstaaten entwickelten, angeführt vom New Yorker Gouverneur George Pataki, ein regionales Emissionshandelssystem, und Arnold Schwarzenegger setzte seinem Bundesstaat Kalifornien ein Klimaziel, welches sich auch in Europa sehen lassen kann: die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 80 Prozent bis 2050.

Im Januar schlossen sich Unternehmen wie der Chemiekonzern DuPont, der Aluminiumhersteller Alcoa und eine Reihe von Stromproduzenten mit führenden Umweltorganisationen zum «U.S. Climate Action Partnership» zusammen, bekannten sich zu den Zielen des Kyoto-Protokolls und forderten eine nationale Klimapolitik, schön marktorientiert mit einem Emissionshandelssystem. Die Wirtschaft und Finanzwelt meinen es ernst und machen Gewinn. Was Amory Lovins, Gründer des Rocky Mountains Institute und renommierter Visionär des «grünen Kapitalismus», seit Jahrzehnten predigt, ist in den Chefetagen der Unternehmen angekommen: Grün ist grün – wie der Dollar. Der Energiekonzern General Electric will mit viel «Ecoimagination» sowie Energieeffizienz Geld sparen und sein Wachstum sichern. Wall Street Investoren haben kürzlich den texanischen Stromkonzern TXU für 45 Milliarden Dollar aufgekauft, um mittelfristig dessen Kohlekraftwerke durch Windturbinen zu ersetzen.

Selbst böse Buben wie Exxon Mobil und Wal-Mart haben den Trend erkannt. Während Exxon weiterhin zweigleisig fährt und neben ein paar erneuerbaren Energien auch die Klimaskeptiker des American Enterprise Institute fördert, will Wal-Mart ganz vorn auf der grünen Welle mitschwimmen. In den nächsten drei Jahren will der Konzern 500 Milliarden Dollar in Klimaschutz investieren. Seine Supermärkte sollen dreißig Prozent Energie einsparen, die Lieferwagenflotte soll 25 Prozent effizienter und der Müll um 25 Prozent verringert werden.

Um sein Image aufzupolieren, hat auch Wal-Mart die Bio-Welle für sich entdeckt. Die Amerikaner wollen nicht nur im Prius mit gutem Gewissen im Stau stehen, sondern eben auch gesünder essen und leben. Und diesen Bereich will Wal-Mart nicht Whole Foods überlassen. Obgleich Öko-Produkte bislang nur 2,5 Prozent des U.S.-Lebensmittelmarkts ausmachen, sind die Wachstumsraten vielversprechend – bis zu 44 Prozent in den kommenden vier Jahren. Im letzten Herbst hat Wal-Mart daher begonnen, eine komplette Bio-Palette in seinen 4000 Supermärkten einzuführen, die Produkte sollen lediglich mit einem zehnprozentigen Aufschlag vertrieben werden. Auch Lebensmittelriesen wie Unilever und Danone haben Bio entdeckt und die führenden U.S.-Marken «Ben & Jerry's Organic» und «Stonyfield Farm» aufgekauft.

Die Verfechter des Öko-Landbaus sind sich nicht einig, ob dies der große Durchbruch oder der Anfang vom Ende ist. Zumindest mit dem modischen Trend des Bio-Lifestyles könnte es vorbei sein, wenn selbst die amerikanische Erika Mustermann zum Öko-Brot greift. Natürlich sollen möglichst viele Amerikaner Bio-Produkte kaufen. Das hilft gegen Übergewicht und schützt die Umwelt. Doch es stellt sich die Frage, inwiefern eine auf Masse ausgerichtete industrialisierte Bio-Landwirtschaft die Standards und Ideale der Biolandbewegung unterminiert und damit letztlich noch grün ist.

Die Öko-Verbände befürchten, dass der Bedarfsanstieg und der Preisdruck kleinere Familienunternehmen und Kooperativen vom Markt drängen werden.

Regionalität und Nachhaltigkeit würden infrage gestellt, wenn Öko-Tomaten aus China und Öko-Bananen aus Afrika eingeflogen würden. Die Befürworter entgegnen, dass es der Umwelt nutze, wenn auch in China und Afrika weniger synthetische Düngemittel und Pestizide verwendet würden.

Ob die grüne Welle wieder verebbt, wird davon abhängen, aus welcher Richtung der Wind weht. Als die Kraftstoffpreise einige Monate nach «Katrina» wieder sanken, ging auch der Verkauf der «Hummer» erneut in die Höhe. Auch Präsident Bushs Klimaplan ist nicht notwendigerweise grün. Er orientiert sich vorwiegend an der Deckung des steigenden Energiebedarfs und weniger an dessen Senkung. In den kommenden zehn Jahren soll sich vor allem die Produktion von Ethanol aus Mais vervielfachen. Von Umweltorganisationen zwar lange gefordert, droht der Boom von Biokraftstoffen ein ökologisches und soziales Problem zu werden. Eine Intensivierung des industriellen Anbaus zehrt die Böden aus und gefährdet die biologische Vielfalt. Die wachsende Nachfrage hat zudem die Weltmarktpreise für Mais derart in die Höhe getrieben, dass Tortillas in Mexiko zum Luxusartikel geworden sind.

Seinen Oscar hat sich Al Gore mühsam verdient. Nun könnte er als Gründer des «grünen Kapitalismus» in die Geschichte eingehen. Damit die grüne Welle Amerikas allerdings ein Erfolg wird, muss sie nachhaltig sein.



Marc Berthold ist Referent für Umwelt, Klima und Energiepolitik im Büro der Bundestagsfraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Renate Künast. 2001 – April 2007 war er Programmleiter des Umwelt- und Globalen Dialogprogramms der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington DC. Schwerpunkt seiner Arbeit ist die transatlantische Klima- und Energiepolitik.

Bellen und beißen

Konsumentenmacht durch Verbraucherorganisationen

In der Theorie ist es bestechend einfach, und für die meisten Politiker steht es außer Frage: Marktwirtschaft funktioniert. Wenn auf freien Märkten Angebot und Nachfrage aufeinander treffen, ein paar wenige Spielregeln eingehalten werden («Klauen ist verboten»), sind alle Seiten zufrieden. Die Verbraucher lenken durch ihr Kaufverhalten das Angebot. Sie bescheren erfolgreichen Anbietern vertrauenswürdiger Waren Gewinne und ruinieren die Anbieter schlechter Waren ganz im Sinn der «schöpferischen Zerstörung» des 1950 gestorbenen Nationalökonomen Joseph Schumpeter. Der Ökonom und Moralphilosoph Adam Smith wusste dies bereits 1776.

Soweit die Theorie; doch sie deckt sich nicht mit der Alltagserfahrung. Beispiele:

- Fehlernährung droht insbesondere bei Kindern zur Belastung unseres Gesundheitssystems zu werden. Allem Anschein nach beeinflusst die Bewerbung von Süßigkeiten als «fettfrei», «mit dem Besten aus entrahmter Milch» oder «viel Calcium» unser Urteilsvermögen.
- Obwohl seit 1994 für viele Haushaltsgeräte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen eine Energieverbrauchskennzeichnung vorgeschrieben ist, wurde diese seitdem nicht mehr aktualisiert. Eine vermeintlich «gute» Auszeichnung (Klasse B) kann energetisch heute auf dem Stand von vorgestern sein.
- Bereits 1983 urteilte der Bundesgerichtshof, dass viele Ratenkreditverträge aufgrund überhöhter Zinsen sittenwidrig seien. Heute lassen sich Tausende von Kreditnehmern teure Versicherungen unterjubeln, die nur die Risiken der Banken absichern sollen und somit zu einem höchst lukrativen Nebengeschäft geworden sind. Die Zahl von Privatinsolvenzen hingegen steigt von Jahr zu Jahr.

Die Unwissenheit des Konsumenten haben auch die Wirtschaftswissenschaftler inzwischen als schwarzen Flecken auf der weißen Weste der Marktwirtschaft entdeckt und bezeichnen ihn als «asymmetrische Information». Der Nobelpreisträger George Akerlof hat nachgewiesen, dass sich auf Märkten mit ungleicher Information tendenziell Güter und Dienstleistungen mit schlechter bis mittlerer Qualität durchsetzen. Marktpartner mit geringem Informationsstand – in der Regel die Verbraucher – können die Qualität der besten Güter aufgrund fehlender Informationen oder zu geringer Bereitschaft, sich diese zu besorgen, nicht zutreffend beurteilen. Sie sind deshalb nur bereit einen mittleren Marktpreis für die unterstellte mittlere Qualität zu bezahlen. Somit müssten die Anhänger der freien Marktwirtschaft eigentlich die größten Freunde des Verbraucherschutzes und der Verbraucherorganisationen sein, da sie als Lieferanten anbieterneutralen Wissens zur Informationssymmetrie und somit zu einer höheren Angebotsqualität beitragen. Eine effektive, aktuelle, dynamische Verbraucherberatung kann die «strukturbedingte Schwäche der Verbraucherseite bei Informationsbeschaffung, Organisationsgrad und Interessensvertretung ausgleichen und die Marktbalance zwischen den Marktteilnehmern herstellen beziehungsweise wahren», so der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung 2003.

«Shopping for a better world» – mit dieser programmatischen Parole hat der Council on Economic Priorities (Rat für die Festlegung ökonomischer Prioritäten) seit Anfang der 90er Jahre in den USA beeindruckende Erfolge erzielt. CEP widmet sich der unparteiischen Analyse der sozialen und ökologischen Geschichte von Firmen, um Investoren und Konsumenten in ihrer Produktwahl zu unterstützen, denn Firmen werden durch die Entscheidung der Konsumenten in ihrer Strategie beeinflusst. Die internationalen Boykottaktionen gegen den Nestlé-Konzern (Stichwort Babynahrung), gegen das Apartheid-Regime in Südafrika oder den Shell-Konzern («Brent Spar») gehören zu den bekanntesten Aktionen. Viele internationale Konzerne achten inzwischen auf die Arbeitsbedingungen in ihren asiatischen Produktionsstätten, weil sie sonst dramatische Absatzeinbußen befürchten müssen. Die zögerliche Haltung des deutschen Bauernverbands und inzwischen auch beträchtlicher Teile der CSU zur Agrogentechnik hängt mit der deutlichen Ablehnung der Verbraucher gegenüber gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln zusammen. Und über Bio-Lebensmittel wird zurzeit an der Supermarktkasse abgestimmt. Spürbar ist ein neues Selbstbewusstsein der Verbraucher. Sie wissen, dass es von ihren Kaufentscheidungen abhängt, ob die Globalisierung in einen reinen Unterbietungswettbewerb und damit in einen *race to the bottom* zulasten von Ökologie und Sozialstandards mündet, oder ob sich ein nachhaltiger Konsum durchsetzt. Es gibt eine Reihe von entscheidenden Kriterien:

- Gibt es genügend einfach zugängliche Informationen, sowohl im Internet (etwa die Produktempfehlungen des Ökoinstituts unter www.ecotopten.de) als auch in den Beratungsstellen der Verbraucherzentralen? Oder zieht sich die Politik immer weiter aus deren Finanzierung zurück? In Mecklenburg-Vorpommern haben die Sparmaßnahmen der SPD-PDS-Regierung bereits zur ersten Insolvenz einer Verbraucherzentrale geführt. Nur wenn Verbraucherorganisationen informieren («Bellen») und Sammelklagen führen («Beißen») können, ist es ihnen möglich, die grauen und schwarzen Schafe einzufangen.
- Wird sich in Deutschland wie in den angelsächsischen Ländern eine Corporate Social Responsibility (CSR) durchsetzen, d.h. werden Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen? Die Stiftung Warentest berücksichtigt CSR-Aktivitäten inzwischen in ihren Tests, und die Verbraucherzentrale in NRW lotet zurzeit aus, ob sie dem folgen will.
- Werden die Informationsrechte der Verbraucher Behörden und Unternehmen gegenüber gestärkt? Oder verheddert sich das Verbraucherinformationsgesetz endgültig im föderalen Dickicht? Dabei könnten Unternehmen Wettbewerbsvorteile erzielen, wenn sie Informationen über die Herstellungswege ihrer Produkte veröffentlichen würden. Es gilt: Je präventiver und politischer Verbraucherschutz auftritt, desto mehr Durchhaltevermögen hat er beim Bohren dicker Bretter.



Klaus Müller war von 1998–2000 Bundestagsabgeordneter und finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. Von 2000–2005 war er Umwelt- und Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein. Seit 2006 ist er Leiter der Verbraucherzentrale NRW.

«Gutes Gewissen rentiert sich»

Grüne Fonds haben Zulauf und bieten überdurchschnittliche Renditen. Aber ist dabei von einem stabilen Trend auszugehen? Wie vertrauenswürdig sind ökosoziale Geldanlagen? Und lässt sich mit ihnen tatsächlich Sinnvolles erreichen?

Hannes Koch: Der Slogan «Grünes Geld» nährt die Hoffnung, dass sich der Kapitalismus besänftigen ließe. Können wir die Welt mit Geld tatsächlich besser machen?

H.-J. Tenhagen: Der deutsche Konzern MAN Ferrostaal hat den Sohn des nigerianischen Diktators Sani Abacha beschäftigt – wohl in der Hoffnung auf Großaufträge. Daimler-Benz hat sich früh für die Gewerkschaftsbewegung in Südafrika eingesetzt. Auch dabei ging es um einen Markt der Zukunft. Wenn man mit Geld schlimme Dinge bewirken kann, ist es auch möglich, damit gute Ziele zu erreichen. Der Trick besteht darin, die ungeheure Anziehungskraft des Geldes an der richtigen Stelle einzusetzen. Denken Sie an die Granmeen-Bank des Nobelpreisträgers Mohammed Junus, der an Millionen Arme Kleinkredite gibt. Oder an Fabriken, die Solarzellen herstellen.

Muss Grünes Geld dem sozialen Fortschritt verpflichtet sein?

Nachhaltigkeit beinhaltet auch soziale Verantwortung jenseits der Erwartung von Profit. Weder sollten Unternehmen die Umweltschädigen noch ihren Beschäftigten schlechte Arbeitsbedingungen zumuten. Das Recht, Gewerkschaften zu gründen, ein Anspruch auf Urlaub und fairen Lohn gehören international zum Basisstandard. Viele Unternehmen sind inzwischen bereit, mehr zu tun als das Minimum. Keiner der großen Konzerne kann es sich leisten, die soziale Verantwortung so zu vernachlässigen, wie es in der Vergangenheit mitunter geschehen ist.

Gegenwärtig werden weltweit 180 zusätzliche Autofabriken geplant oder gebaut, um die Produktionskapazitäten auf 110 Millionen Fahrzeuge pro Jahr zu verdoppeln. Das legt den Schluss nahe, dass es sehr schwer wird, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen. Letztlich wird es gehen müssen, wir haben keine Alternative. Anfänge sind auch schon gemacht. Hunderttausende Jobs in Deutschland hängen nicht an der Autoindustrie, sondern an der Produktion von Wind- und Solarkraftwerken. So stünde die Maschinenbaufirma Flender in Bocholt heute vor dem Aus ohne den deutschen Windkraftboom.

Täglich werden auf den internationalen Finanzmärkten zwischen 1000 und 2000 Milliarden Dollar investiert. Nur ein Bruchteil davon folgt ökosozialen Kriterien. Haben wir es beim «grünen Geld» mit einer unbedeutenden Nische zu tun?

Dieses Segment ist klein, aber es wächst stark. Die *Financial Times*, eines der Leitmedien des globalen Kapitals, unterhält neben dem klassischen britischen Aktienindex einen nachhaltigen Aktienindex FTSE4Good. Und im vergangenen Jahr haben die Briten den Hotel-Konzern Hilton und die *New York Times* wegen Nichteinhaltung von Umweltkriterien aus diesem Index verbannt. Jetzt verlangt der Index von den 250

Firmen, die dort gelistet sind, dass sie künftig ihre CO₂-Emissionen jährlich um 2,5 Prozent reduzieren. Bislang erfüllen erst fünfzig der 250 Firmen diese Vorgaben. Solche Anforderungen finden natürlich ihren Niederschlag in der Politik der Aktiengesellschaften selbst. So haben achtzig internationale Konzerne unlängst die Regierungen aufgefordert, mehr für den Klimaschutz zu tun. Und Siemens-Chef Klaus Kleinfeld ist nach Davos gereist und hat verkündet, dass der größte Teil seiner Innovationsanstrengungen dem Energiesparen diene.

Immer mehr Investoren richten ihre Anlagepolitik also danach aus, ob Unternehmen ökologische und soziale Kriterien beherzigen?

Wir haben es mit einem Trend zu tun. Eine ganze Branche lebt inzwischen von ökosozialen Investment. Hunderte Banken, Beratungsfirmen und Anlagegesellschaften konstruieren Geschäftsmodelle, die auf Grünem Geld basieren. «Ökovision», der bekannteste ökologische Aktienfonds in Deutschland, verwaltet inzwischen allein 450 Millionen Euro.

Was versprechen sich die Investoren von einer Geldanlage, die nicht nur dem Profit gehorcht?

Viele Investoren glauben, dass es für Unternehmen gut ist, sich ernsthaft mit der Zukunft zu beschäftigen. Wenn nun eine Firma die sozialen und ökologischen Herausforderungen, die auf uns zukommen, in ihrer Geschäftspolitik berücksichtigt, kann dies als Ausweis solider Zukunftsstrategie gelten. So etwas honorieren Investoren. Denn eine plausible Strategie spricht dafür, dass das betreffende Unternehmen noch lange am Markt ist – anders als möglicherweise seine Konkurrenten, die kurzatmiger wirtschaften.

Investoren scheuen das Risiko?

Sie wollen keinen Verlust erleiden. Sie hassen nichts mehr als Schocks, mit denen sie nicht gerechnet haben. Das ist einer der Gründe, warum sich die Versicherungsbranche so massiv für den Klimawandel interessiert.

Gibt es eindeutige Kriterien, denen ich trauen kann, wenn ich eine ökosoziale Geldanlage suche?

Ja, mittlerweile stehen eine große Anzahl von Fonds und anderer Anlageformen zur Verfügung, die mit Hilfe von nachvollziehbaren Kriterien erklären, welche Werte die Anleger in ihr Portfolio aufnehmen. Man kann Anlagen mit oder ohne grüne Gentechnik, Tabak oder Rüstungsindustrie wählen. Und ökologisch bewusste Anleger können ruhig schlafen. Die grünen Fonds liegen bei der Rendite häufig weit vor den konventionellen Fonds. Gutes Gewissen müssen Sie nicht mehr mit geringerem Profit bezahlen – im Gegenteil. Es rentiert sich.

Kann ich daraus schließen, dass ökologisch und sozial arbeitende Firmen profitabler arbeiten als konventionelle Unternehmen?

Bei manchen Firmen und Branchen ist das der Fall. Aus zwei Gründen ist die Rendite etwa in der Wind- und Solarenergie augenblicklich beachtlich. Es herrscht eine große Nachfrage aufgrund neuer politischer Sensibilität für das Thema. Und viele Regierungen unterstützen die sauberen Energien. In Deutschland beruht die Förderung auf dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, das die Kosten der Markteinführung von Ökoenergie auf alle Stromverbraucher verteilt.

Dann liegt das Erfolgsgeheimnis der Firmen im guten Zugang zu öffentlichen Geldquellen?

So kann man das nicht sagen. Der japanische Fahrrad-Konzern Shimano, der in jedem Öko-Aktien-Index vertreten ist, bedient sich nicht aus den öffentlichen Haushalten. Und die sehr erfolgreiche Bio-Lebensmittelkette Whole Foods Market in den USA tut es auch nicht.

Der politische Rahmen ist wichtig für ökonomisches Handeln. Was sollte die Bundesregierung tun, um verantwortungsbewusst handelnden Unternehmen den Weg zu ebnen?

Zum Selbstverständnis von *Finanztest* gehört es, keine politischen Empfehlungen zu geben. Deshalb nur so viel: Dass sich Kontinuität auszahlt, sieht man am Erfolg der langjährigen Förderung für die erneuerbaren Energien in Deutschland. So etwas wäre auch für andere Branchen vorstellbar. Denken Sie nur an die Wasser- oder auch an die Abfallwirtschaft.



Hermann-Josef Tenhagen ist Chefredakteur der Zeitschrift *Finanztest* der Stiftung Warentest.

Hinweis: Einen Überblick über Grüne Geldanlagen, den Naturaktienindex (NAI,) und ethisch-ökologische Fonds veröffentlichte *Finanztest* im Februar 2007. Information: Tel. 030-2631-0



Hannes Koch ist Parlamentskorrespondent der *taz*. Er schreibt über Finanz-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. 2003 gründete er das European Institute for Globalisation Research, e4globe, das er seitdem leitet. Veröffentlichungen: Eine Auswahl seiner Arbeiten findet sich unter www.hanneskoch.de

Die Effizienzverweigerer

Der Untergang von New Orleans im Herbst 2005, der britische «Stern-Report» zu den Folgen des Klimawandels im Herbst 2006. Erst ein Weckruf der wütenden Natur, dann einer der kühlen Ökonomie. Und plötzlich fühlen sich sogar jene Spitzenkräfte der deutschen Traditionswirtschaft – und ihre medialen Lautsprecher – gefordert, die bisher nicht einmal in der Lage waren, zur globalen Klimaerwärmung und zu den Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären, die richtigen Fragen zu stellen.

Plötzlich ist Energieeffizienz in aller Munde. Sie beschäftigt in Brüssel die EU-Kommission, die ihren Aktionsplan für mehr Energieeffizienz veröffentlicht mit dem Ziel, den Energieverbrauch EU-weit bis 2020 um zwanzig Prozent zu senken. Sie beschäftigt praktisch zeitgleich in Berlin die Spitzen von Politik und Energiewirtschaft beim Energiegipfel im Kanzleramt. Sie beschäftigt den Wirtschaftsminister, der sie zur «nationalen und internationalen Schlüsselfrage» erklärt, und sie beschäftigt den Umweltminister, obwohl der laut Geschäftsverteilungsplan der Regierung gar nicht zuständig ist. Und mit einem Mal hat nie irgendjemand irgendwo «Gedöns» gedacht, wenn die Ökos komische Worte sprachen wie *Negawatt* oder *Contracting*.

Doch so war es nicht. In Wahrheit haben entscheidende Akteure in diesem Land ein volles Jahrzehnt taktiert und verzögert, ignoriert und gebremst. Der Vorwurf gilt den Spitzenmanagern der Kohle- und Energiewirtschaft, der Metall-, Automobil- und Chemieindustrie, den Chefs der Industrieverbände BDI und DIHK und den Arbeitnehmerfunktionären der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Sie alle versammelten sich im Zentrum der trägen Masse der deutschen Ökonomie. Während einer Dekade voller Weltklimakonferenzen mit immer neuen Indizien für die Realität der Erderwärmung lautete ihre Gretchenfrage nie: Ist etwas dran am Klimawandel? Sie lautete nicht einmal: Würde es uns schaden, wenn etwas dran wäre? Die Frage, die die Spitzen der deutschen Traditionswirtschaft in ihrer großen Mehrheit umtrieb, lautete: Wie reagieren wir darauf, dass immer mehr Menschen glauben, es sei etwas dran am Klimawandel?

Was nicht sein darf, das nicht sein kann: Diese Haltung strahlte aus auf Teile der sogenannten Leitmedien. Blätter wie *Die Welt* oder das *Handelsblatt* berichteten nicht nur eifrig, was die Lobbys verbreiteten. Sie ließen regelmäßig auch die sogenannten Öko-Optimisten zu Wort kommen, weil sich die Redaktionen ein eigenes entschiedenes Urteil nicht leisten wollten oder konnten. Das überließen sie dieser kleinen rührigen Gruppe von Publizisten, die sich in der Rolle der meinungsstarken Ignoranten und Anti-Gutmenschen gefielen. Oder die Mutter aller Leitmedien, der *Spiegel*, der seine knappen Seiten über Jahre immer wieder Wissenschaftlern widmete, die aufs Trefflichste die in den oberen Stockwerken der Hamburger Brandstüete herrschenden Vorurteile bestätigten – zum Beispiel das, dass doch niemand etwas dagegen haben könne, wenn es an der Alster etwas wärmer würde, und dass sowieso die Sonnenaktivität Schuld sei an Hitze und Flut und nicht der Mensch. Diese

Phase ist nun vorbei. Der neue ideelle Held ist eine Art Frohnatur, die unter dem Schlachtruf «Wir werden das wuppen!» vor allem vorschlägt, an der Nordsee höhere Deiche zu bauen, in Bangladesh ein paar Leute umzusiedeln und ansonsten Ruhe zu bewahren. Zugegeben, das ist alles ein bisschen polemisch. Doch die Ignoranz der Industrie in Verbindung mit einer in Teilen pubertierenden Publizistik blieb im vergangenen Jahrzehnt nicht ohne Wirkung. Sie strahlte auf die Politik aus, und die begnügte sich damit, verunsichert durch die unterschiedlichen Signale, die Industrie wieder und wieder auf Selbstverpflichtungen einzuschwören. Das ist aber ein Politikinstrument, das ihr selbst regelmäßig zur Konfliktvermeidung dient und den sich selbst verpflichtenden Unternehmerverbänden ebenso regelmäßig zur Problemverschleppung.

Beispiel Energiewirtschaft: Spätestens seit der ersten Ölpreiskrise Anfang der 70er-Jahre war nicht mehr zu übersehen, dass sich große Kraftwerksblöcke, die zwei Drittel der eingesetzten Energie als «Wärmemüll» an Luft und Flüsse abgeben, überlebt haben. Doch Unternehmen oder Kommunen, die selbst Strom erzeugen und die Abwärme auskoppeln und als Prozesswärme in der Produktion oder einfach zum Heizen einsetzen wollten, wurden ausgebremst. Die sogenannte Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die die Energievergeudung auf zehn bis zwanzig Prozent reduziert, führt in Deutschland bis heute ein Schattendasein. Warum? Mit dem Ausbau hätten die dominierenden Energieversorger ebenso um ihre Absatzmärkte fürchten müssen wie der deutsche Kohlebergbau, weil KWK-Anlagen effektiver mit Erdgas betrieben werden. In fast 2000 Fällen berichtete der Verband der Elektrizitätswirtschaft VDEW hätten sich die Stromversorger zwischen 1994 und 1996 «der Herausforderung durch Pläne zur Eigenerzeugung» von Unternehmen und Stadtwerken erwehren müssen. Doch, stellte der Traditionsverband erleichtert fest, durch «flexibles Preisgeben» hätten die Platzhirsche ihre Position in den meisten Fällen behaupten können.

Daran hat auch die von der EU verfügte Liberalisierung des Strommarkts nichts geändert. Im Gegenteil: Aus neun Strommonopolisten wurden vier Konzerne, die über achtzig Prozent der Kraftwerkskapazität beherrschen und hundert Prozent der Netze. Eine die Energiewirtschaft «selbst verpflichtende» Vereinbarung der Bundesregierung mit der deutschen Wirtschaft 2001 hat den KWK-Anteil von gut zehn Prozent an der nationalen Stromerzeugung kaum erhöht. Eine Potenzialstudie, die im Rahmen der KWK-Richtlinie der EU aus dem Jahr 2004 kürzlich erarbeitet wurde, ergab ein enormes wirtschaftliches Einsparpotenzial bei den CO₂-Emissionen von 54 Millionen Tonnen pro Jahr. Dänemark produziert im Übrigen mehr als die Hälfte seines Stroms in KWK, Finnland und die Niederlande jeweils mehr als ein Drittel.

Beispiel Automobilindustrie: 1998 verpflichteten sich die europäischen Automobilhersteller, den CO₂-Ausstoß ihrer Fahrzeugflotte bis 2008 auf 140 Gramm pro gefahrenem Kilometer zu mindern und bis 2010 auf 120 Gramm. Das Ziel wird absehbar verfehlt, weil insbesondere die deutschen Hersteller es vorzogen, sich in ihrer Modellpolitik voll und ganz der Strategie des schneller, schwerer, stärker zu verschreiben. Nun ist Heulen und Zähneklappern, und man versucht mit politisch-propagandistischen Winkelzügen doch noch eine Punktlandung – wenn schon nicht in der Realität, so doch wenigstens in der öffentlichen Wahrnehmung: Seit ein paar Jahren baggern vor allem die deutschen Autohersteller bei der Politik, man müsse die künftig steigenden Anteile «Klima neutraler» Biokraftstoffe berücksichtigen. Doch das

enthebt die Autohersteller nicht der Pflicht, effiziente Technik bereitzustellen, statt ihre Spritschlucker künftig mit Benzin und Diesel vom Acker zu füllen – und fertig. Natürlich nennen VW, BMW, DaimlerChrysler und Audi ihr Scheitern nicht Scheitern, sondern Hinwendung zu einem «integrierten Ansatz». So ähnlich enden fast alle Selbstverpflichtungen, bei denen nicht von Anfang an die Sanktion im Fall des Scheiterns fixiert ist.

Die Reihe der Beispiele ließe sich fast beliebig erweitern – etwa um die Rolle der Immobilienwirtschaft bei der jahrelangen Verzögerung des Gebäudeenergiepasses oder die der Elektroindustrie bei der auch schon zehn Jahre ergebnislos diskutierten Lösung des leidigen *Stand-By-Problems*. Doch das Muster ist hinreichend klar und stets das gleiche: Für Effizienz sind alle, nur bei sich anzufangen, das verbietet sich (ja doch, das gilt auch für uns als Konsumenten!).

Im Kampf um die eigene Rohstoffbasis und die größten Treibhausgasschleudern Deutschlands griff beispielsweise der Bundesverband Braunkohle in seinen Publikationen regelmäßig nach jedem obskuren Traktat, das den vom Menschen hausgemachten Klimaeffekt bezweifelte, verpackte es in aufwendige Broschüren, die ungefragt an Journalisten und andere Meinungsmacher gestreut wurden. Inzwischen gibt sich selbst der größte Betreiber von Braunkohlekraftwerken, der Essener Energiekonzern RWE, geläutert. Die Ende September 2006 beantragte Laufzeitverlängerung für den Altreaktor Biblis A begründete er routiniert (auch) mit der segensreichen Wirkung seines Weiterbetriebs auf den Klimaschutz in Deutschland. Schade nur: Zeitgleich erklärte RWE vor dem Oberlandesgericht Köln im Prozess gegen Greenpeace wegen einer Baggerbesetzung im Braunkohletagebau Hambach den Klimaef-fekt zu einer nur «angenommenen Gefahr», die «weder konkret noch gegenwärtig» sei. Die große nationale Einmütigkeit im Ringen um mehr Energieeffizienz, sie trägt eben nur da, wo die Interessen fern sind. Solange das so bleibt, verursacht sie träge Harmonie. Sie ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.



Gerd Rosenkranz, Deutsche Umwelthilfe e.V., Büro Berlin. Die deutsche Umwelthilfe ist ein Forum für Umweltorganisationen, Politiker und Entscheidungsträger aus der Wirtschaft.

Jüngste Veröffentlichung: «Mythos Atomkraft. Über die Risiken und Aussichten der Atomenergie». In: *Mythos Atomkraft. Ein Wegweiser*, Berlin 2006.

Die kopernikanische Wende

Zyniker seien Menschen, die von allem den Preis und von nichts den Wert kennen, hat Oscar Wilde einmal gesagt. Vielen Umweltschützern gelten Ökonomen als eben solche Zyniker, weil sie dem Klimaschutz bislang ablehnend gegenüber standen: Die Schäden selbst eines ungebremsten Klimawandels seien relativ gering, die Kosten der Verminderung von Emissionen vor allem in den Industriestaaten hoch, so die Position des *Mainstreams* der Ökonomen. Eine ambitionierte Klimapolitik, die auf drastische Verminderungen der Treibhausgasemissionen setzt, schien ihnen daher nicht angeraten.

Dieses Bild ist von der Realität eingeholt worden. Der frühere Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, weist in seinem jüngst veröffentlichten Bericht nach, dass die Schäden eines ungebremsten Klimawandels höher sind als bisher vermutet. Er hat aber auch gezeigt, dass die Kosten der Verminderung von Emissionen wesentlich geringer eingeschätzt werden müssen, als bislang erwartet. Stellt man die nach oben korrigierten Schäden des Klimawandels den nach unten korrigierten Kosten des Klimaschutzes gegenüber, dann wird deutlich, dass eine drastische Verminderung der Emissionen auch unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vernünftig ist.

Der «Stern-Bericht» wird als die kopernikanische Wende in die Geschichte der Klimapolitik eingehen – es geht nun nicht mehr darum, ob wir eine ambitionierte Klimapolitik brauchen, sondern darum, wie eine ambitionierte Klimapolitik aussehen soll. Die Frage der Ökonomen, ob sich Klimaschutz lohnt, ist nun beantwortet: Ambitionierter Klimaschutz ist notwendig und finanzierbar. Es waren vor allem neue wissenschaftliche Einsichten, die zu einer Neubewertung der internationalen Klimapolitik führten. Es ist das Verdienst des «Stern-Berichts», dass er diese Einsichten klar formuliert und richtig gewichtet hat. Damit hat er eine neue Debatte in der Klimapolitik eröffnet.

Die Schäden des Klimawandels sind höher als bisher angenommen: In den letzten Jahren konnten Schwellenwerte im Erdsystem identifiziert werden, deren Überschreiten zu dramatischen Folgen führt. Die Versauerung der Ozeane und das Austrocknen des Regenwaldes infolge des Klimawandels können die Erderwärmung noch weiter beschleunigen. Darüber hinaus zeigen die jüngsten Berechnungen amerikanischer Ökonomen, dass extreme Wetterereignisse wie Stürme oder Überschwemmungen gerade in den ökonomisch entwickelten Regionen stärkere Schäden verursachen als bisher vermutet.

Die Kosten einer drastischen Verminderung von Treibhausgasemissionen sind geringer als bisher befürchtet. Neuere Untersuchungen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), die der «Stern-Bericht» mehrfach zustimmend zitiert, ergeben, dass die Kosten des Klimaschutzes beträchtlich nach unten korrigiert werden müssen – unter der Bedingung, dass die Klimapolitik in der Lage ist, Innovationen zu mobilisieren. Steigende Effizienz bei der Nutzung von Kohle, Öl und Gas,

Förderung der erneuerbaren Energieträger und das Einfangen von Kohlenstoff an großen Kohle- und Gaskraftwerken sind die unverzichtbaren Bausteine jeder Klimapolitik. Es konnte gezeigt werden, dass unter dieser Voraussetzung ambitionierter Klimaschutz weniger als ein Prozent des weltweiten Sozialproduktes kostet.

Wenn Klimaschutz zur Vermeidung gefährlichen Klimawandels nicht nur notwendig, sondern auch wirtschaftlich lohnend ist, warum steckt dann die internationale Klimadiplomatie in einer Krise? Die Antwort ist einfach: Bei einer Klimapolitik müssten zumindest grundsätzlich alle Länder mitmachen. Wenn aber alle verantwortlich sind, ist keiner verantwortlich. Jeder Staat, jedes Unternehmen steht immer in der Versuchung auszuscheren und die Anderen die Arbeit machen zu lassen. Genau hier liegt das moralische Problem der Klimapolitik. Ohne das Bewusstsein, dass die Menschheit gemeinschaftlich für die Gefahren des Klimawandels haften muss, laufen auch noch so ausgefeilte internationale Vereinbarungen ins Leere. Es muss also über Strategien nachgedacht werden, wie auf internationaler Ebene kooperatives Verhalten belohnt und bedenkenlose Verschmutzung bestraft werden kann.

Es gehört zu den großen Stärken des «Stern-Berichts», dass er das moralische Problem des Klimawandels in der Sprache der Ökonomie formuliert: Die Industriestaaten müssen für jene Länder haften, die vom Klimawandel in erster Linie betroffen sein werden. Eine extreme Flut kostet in Bangladesch bereits heute Hunderttausenden das Leben. Solche Katastrophen werden zunehmen. Die reichen Länder werden die armen Länder darin unterstützen müssen, sich an Überschwemmungen, Dürren und Flüchtlingsströmen zu akzeptablen Kosten anzupassen. Denn selbst wenn es gelänge, die Treibhausgasemissionen deutlich zu vermindern, wäre diese Unterstützung notwendig, denn vermeiden lässt sich ein Wandel des Klimas mittlerweile nicht mehr.

Die heutige Menschheit haftet aber auch für die kommenden Generationen. Auch sie haben ein Anrecht auf wirtschaftliches Wachstum und auf Überwindung von Armut. Die heute wohlhabenden Länder haben für ihre Industrialisierung die Atmosphäre bereits ausgiebig genutzt. Daher formuliert der «Stern-Bericht» eine einfache Regel – wer Treibhausgase emittieren will, muss dafür zahlen. Die Nutzung der Atmosphäre darf nicht länger kostenlos sein. Der Preis für die Nutzung der Atmosphäre wird in den nächsten Dekaden steigen müssen, ansonsten werden die Investitionen in den Klimaschutz nicht rentabel. Steigende Energiepreise werden aber nur dann zu verhindern sein, wenn zugleich die Effizienz der Energienutzung beträchtlich steigt. Daher ist eine Innovationsoffensive der Industriestaaten unverzichtbar – nur dadurch ist es möglich, die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimaschutzes zu senken.

Mit welchen Techniken und Innovationen soll eine Verminderung der Emissionen erreicht werden? Weder die Öffentlichkeit noch die Wissenschaftler sind sich darin einig: So befürworten einige einen aggressiven Einsatz der Nuklearenergie, andere setzen vor allem auf emissionsarme Kohle und Gaskraftwerke. Das Potenzial der erneuerbaren Energieträger wird auch von Experten sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die Debatte um den richtigen Weg des Klimaschutzes wird kontrovers verlaufen – wie sollte es auch anders sein, denn die Zukunft der Energieversorgung ist eng verknüpft mit der Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Die Kosten und Risiken verschiedener Energieszenarien müssen im Lichte des gebotenen Klimaschutzes untersucht und neu bewertet werden. Erst langsam beginnen die Politiker zu

begreifen, dass die große Herausforderung der Politik nicht nur in der Bereitstellung sicherer und kostengünstiger Energie liegt – die Energiepolitik wird den Hauptbeitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Es gibt gewiss mehr als einen Weg zu einer emissionsfreien Weltwirtschaft. Noch haben wir die Freiheit, zwischen verschiedenen Wegen wählen zu können; noch haben wir die Zeit für eine gesellschaftliche Debatte. Wenn aber der Klimaschutz nicht bald auf die Agenda der internationalen Politik kommt, werden wir nicht mehr wählen können. Wir müssen uns dann dem Diktat unerfreulicher Verhältnisse beugen.



Ottmar Edenhofer ist Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Gegenwärtig leitet er das Projekt SPARK, das sich mit dem Einfluss von technischem Wandel auf die Kosten und Strategien des Klimaschutzes beschäftigt. Ein weiterer Fokus ist das Design von Politikinstrumenten im Kontext von Klima- und Energiepolitik. Der Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler ist seit 2004 Mitautor des «Fourth Assessment Report» des IPCC (Wissensstandbericht über den Klimawandel), www.ipcc.ch. Forschungsschwerpunkte: Ökonomie der Klimastabilisierung, Soziale Kosten-Nutzen-Analysen, Nachhaltigkeitstheorie, Umweltökonomie, Wohlfahrtstheorie.

Wetter kostet

Eine simple Rechnung

Die Frage müsste lauten: Wer bezahlt den Klimawandel, sprich, die steigende Anzahl extremer Klimaereignisse, welche nicht nur immer häufiger, sondern vor allem intensiver auftreten werden? Richtig ist, dass die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre drastisch ansteigt und weiter ansteigen wird, wenn die Menschheit es nicht schafft, sie einzudämmen. Richtig ist auch, dass damit ein Anstieg der globalen Oberflächentemperatur einhergeht, die einen Anstieg des Meeresspiegels zur Folge hat. Die Liste der möglichen Folgen des Klimawandels ist lang: Mehr Hitzewellen führen zu einem Anstieg von Hitzetoten, zu Energieversorgungsunsicherheiten, zu Ernteschäden, Ausbreitung von Schädlingen und Tropenkrankheiten, zu einer Verschiebung von Touristengebieten, womit die Lebensgrundlagen vieler Menschen in Frage gestellt werden. Ein Anstieg extremer Regenfälle kann zu Überschwemmungen und Überflutungen führen, Immobilien-, Infrastruktur- und Landwirtschaftsschäden sind die Folgen.

Die ökonomischen Schäden solch extremer Wetterereignisse sind in den letzten drei Jahrzehnten um den Faktor fünfzehn gestiegen. Die Schäden durch Überflutungen im Jahr 2002 werden auf 13 Milliarden Euro beziffert, die der Hitzewelle 2003 mit ihren 27.000 Toten auf zehn Milliarden Euro. 2005 war das wärmste Jahr, seit es Wetteraufzeichnungen gibt, und hat die größte Hurrikanaktivität hervorgerufen, die jemals beobachtet wurde. Die Münchner Rück, die große deutsche Rückversicherungsgesellschaft, hatte allein 2005 Schäden von über 75 Milliarden US-Dollar zu begleichen. Doch es gibt einerseits die von den Versicherungsunternehmen bezifferten Schäden, andererseits aber noch die Schäden an der Infrastruktur und Schäden der Landwirtschaft bei Überflutungen oder Trockenheit, die der Staat zu zahlen hat. Diese Schäden sind Kosten für die Volkswirtschaft, die Wachstumseinbußen zur Folge haben können.

Die Kosten des Nichthandelns sind daher hoch. Da sich nicht alle Volkswirtschaften ausreichend vor dem Klimawandel schützen können, werden extreme Klimaereignisse in der Zukunft volkswirtschaftliche Kosten in Billionenhöhe verursachen. Wenn eine globale Oberflächentemperatur um vier Grad bis 2100 steigen würde, könnten die volkswirtschaftlichen Schäden sogar um den Faktor zehn steigen.

In Deutschland könnten über einen Zeitraum von hundert Jahren insgesamt volkswirtschaftliche Schäden von bis zu 17 Billionen US-Dollar auftreten, wenn der Klimawandel zu einer Temperaturerhöhung von bis zu fünf Grad im Jahre 2100 führen sollte. Diese Zahlen ergeben sich im Rahmen von Modellsimulationen – die Unsicherheiten dabei sind sicher groß. Daher gibt es eine ganze Bandbreite an Simulationen: Unter bestimmten Annahmen können die Schäden des Klimawandels bis zu zehn Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. Die Kosten des Handelns, das heißt der Treibhausgasemissionsminderung, sind da allerdings weitaus niedriger. Je nach Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum können die Kosten der

Emissionsminderung unterschiedlich hoch sein. Der Schlüssel zu niedrigen Kosten liegt jedoch im technologischen Wandel: Nur wenn möglichst frühzeitig innovative, CO₂-freie und sichere Energietechnologien entwickelt und umgesetzt werden, können die Kosten des Handelns minimiert werden. Wenn die technologischen Potenziale ausgeschöpft würden, müssten die Kosten nicht höher liegen als bei durchschnittlich einem Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Je mehr Staaten und Unternehmen in den Klimaschutz investieren und je schneller dies geschieht, umso stärker sinken die Kosten für bewährte und neue Klimaschutztechnologien.



Claudia Kemfert arbeitet am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und ist Professorin an der Humboldt-Universität Berlin. Jüngste Publikation: «Die ökonomischen Kosten des Klimawandels». In: *Vierteljahreshefte des DIW*, 02/2005.

«I want to be the Face»

Jerome Ringo, Präsident der Apollo Alliance für Umweltschutz in den USA, im Portrait

«I want to be the face», sagt Jerome Ringo, Präsident der Apollo Alliance, einer breiten Koalition für ein ökologisch nachhaltiges, sozial gerechtes und wohlhabendes Amerika. Jede Bewegung brauche, wenn sie Erfolg haben will, ein Gesicht, sagt der Mann, den die Zeitschrift *The Nation* als die «interessanteste Figur in der Umweltszene» feiert und das Magazin *Ebony* zu den «einflussreichsten Afro-Amerikanern» zählt.

Jerome Ringos Stimme ist auf Weckruf gestellt, seine Sprache ist *Now-or-Never*-Rhetorik, doch obwohl er etwas von einem Pastor hat, gibt er nicht den grollenden Untergangspropheten, sondern den guten Hirten. «We can do it», ist seine Botschaft. Wir können es schaffen, wenn wir gemeinsam, das, was wir kaputt gemacht haben, das Klima nämlich, wieder heil machen. «Heil machen» ist so ein Wort, bei dem viel für die Seele mitschwingt. Schwieriger wird es für sein Publikum, wenn er vom *american way of life* spricht, der sich wandeln muss.

Das Gesicht des Mannes, der Amerika verändern will, ist schwarz. Der 51-jährige Familienvater hat zwanzig Jahre in der Petroindustrie gearbeitet, in den letzten Jahren aber eine Laufbahn eingeschlagen, die ihn steil nach oben führte: Im April 2005 wurde er zum Vorsitzenden der «National Wildlife Federation» gewählt, einem Verein, der zu 65 Prozent aus Republikanern besteht. Und im Dezember des gleichen Jahres zum Präsidenten der «Apollo Alliance for Good Jobs and Clean Energy». So tritt er in Doppelfunktion auf: als oberster Vertreter einer Naturschutzlobby mit fünf Millionen Mitgliedern und als oberster Repräsentant einer Koalition für ein besseres Amerika, einem Sammelbecken von Umweltorganisationen, Gewerkschaften, religiösen Gemeinschaften, von sozial und bürgerrechtlich Engagierten, auch von einigen Firmenverbänden. Die Apollo Alliance repräsentiert 22 Millionen Amerikaner, bringt also kein ganz kleines Gewicht auf die Waage.

Die 2003 gegründete Allianz ist ein Remake, das Original war Präsident Kennedys nationales Projekt, den Mond zu erobern. Das war wenige Monate, nachdem der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin im April 1961 als erster Mensch in einer Raumkapsel die Erde umrundet hatte. In den Worten der heutigen «Apollo Alliance» heißt das: «1961 forderte John F. Kennedy die Nation heraus, innerhalb von zehn Jahren einen Menschen auf den Mond zu schicken und ihn heil wieder zurückzubringen.» Ein kühnes Unterfangen, denn die Technologie steckte noch in den Anfängen. Aber Kennedy lenkte die öffentlichen Investitionen, die Forschung, die Bildung und Amerikas wirtschaftliche Kraft auf dieses große gemeinsame Vorhaben. Und tatsächlich, in weniger als acht Jahren hinterließ Neil Armstrong den ersten Fußabdruck auf der Mondoberfläche.

Kennedy wollte der Sowjetunion gegenüber den Führungsanspruch der Vereinigten Staaten verdeutlichen, die Absicht der heutigen Allianz ist es, den Kampf gegen den Klimawandel zum Apollo Projekt des 21. Jahrhunderts zu machen: Bündelung aller Kräfte, Fähigkeiten und Energien für dieses eine große Ziel.

Und so ist Jerome Ringo auch ein wichtiger Kampfgefährte und Berater von Al Gore, der seit zwei Jahrzehnten landauf, landab durch Amerika reist, gewissenhafte Vorträge hält, unbequeme Fragen stellt und dabei irgendwie hölzern mit Apokalyptischem hantiert. Da ist Ringo das genaue Gegenteil des ehemaligen US-Vizepräsidenten: an ihm ist alles rund, warm, beweglich und auf «Welcome» gestimmt.

«Wir haben die Kenntnisse, wir haben die Technologie, aber es muss Leidenschaft in einer Kampagne wie der unseren geben, sonst hat sie keinen Erfolg.» Ringo hat das vor langer Zeit erkannt, und in der Umwandlung des Wissens über die mögliche Klimakatastrophe in Brennstoff, in Energie, in Leidenschaftlichkeit sieht er seine Aufgabe. «Gletscher schmelzen, Wasser verschwindet, Dürre legt sich auf das Land.» Gelegentlich verfällt Ringo in einen alttestamentarischen Duktus, dann erinnert er an Martin Luther King, sein großes Vorbild. «Motivieren, anfeuern, beseelen – das ist der Schlüssel.» Ringo nimmt sich für jeden, der ihn anspricht, einen Moment Zeit, teilt Visitenkarten aus, stellt eine Frage. Dann zieht er sein Gegenüber zum Abschied an seine breite Brust und umarmt ihn herzlich. Man meint dabei, ein «brothers and sisters» und den entfernten Nachhall von «I had a dream» zu hören.

«Wir haben eine wichtige Botschaft, aber haben wir die richtigen Botschafter?» Dass er auf der richtigen Seite steht, ist für Ringo längst erwiesen, aber wie mobilisiert man die Menschen? «Wir müssen den Kampf in eine Bewegung verwandeln! Anders geht es nicht!» Ringo sieht seine Mission darin, die Armen und Reichen, die Farbigen und Weißen, die Arbeiter und Unternehmer, die Naturschützer und Luftverpester, die Kämpfer für erneuerbare Energien und die Repräsentanten der Kohleindustrie, diejenigen also, die ein Teil der Lösung, und diejenigen, die Teil des Problems sind, kurzum die gesamte Menschheit gegen den Klimawandel zu mobilisieren.

«Ich will die Stimme für alle sein, aber besonders für die Leute, die in der Vergangenheit nicht einbezogen waren, für Arme, Farbige, Menschen, die kein Interesse an diesen Themen haben, aber von ihnen betroffen sind.» Als Bürger von Louisiana half Ringo nach «Katrina» die Bewohner New Orleans zu evakuieren, bevor er wegen «Rita» selbst evakuiert wurde. Sollte er die Farbigen und Benachteiligten, diejenigen also, die an keinem Runden Tisch anzutreffen sind, tatsächlich erreichen, hätte er damit in den Südstaaten Neuland betreten.

Neben der Bekämpfung der Erderwärmung sind es populäre Forderungen, die die Apollo Alliance vertritt: mehr Unabhängigkeit vom Öl, das Geld, das in die Sicherung der Ölfelder des Nahen Ostens gesteckt wird, in die Entwicklung erneuerbarer Energien in den USA selbst zu investieren, Hunderttausende von neuen Jobs in der Umweltindustrie. Er berät die Demokraten, aber lässt den Faden zu den Republikanern nicht abreißen. «Spätestens nach der nächsten Präsidentenwahl sind auch die mit im Boot.» Denn Politik werde von der öffentlichen Unterstützung und der öffentlichen Wahrnehmung, vielleicht dann auch von der öffentlichen Leidenschaft vorangetrieben, da können auch die Republikaner das Thema nicht mehr ignorieren. Bei einer Umfrage gaben die Amerikaner an, dass ihre größte Sorge der Irak-Krieg sei, gleich danach aber kommt der Klimawandel. Und es war der republikanische Senator John McCain, der den Gesetzesentwurf über globale Erwärmung für den Senat verfasst hat.

«Wir brauchen in diesem Land neue Führungspersonen mit Visionen», steht in der Selbstdarstellung der Apollo Alliance. Anders als in den 60er-Jahren, als ein vitaler Präsident ein nationales Projekt ins Leben rief, ruft heute das Projekt nach Führung.

Die Umweltbewegung ist nicht mehr jung, das macht sich bemerkbar. Schon vor gut zwanzig Jahren war Al Gore in den USA nicht der einzige Rufer in der Wüste mit seiner Warnung vor einer kommenden Klimakatastrophe. Und 1983 zogen die Grünen als Sonnenblumenpartei in den Bundestag ein. Erfolg produziert Nachahmer, inzwischen haben alle Parteien den Umweltschutz auf die eine oder andere Weise im Programm, und in Deutschland ist eine gewisse Abgeklärtheit spürbar. Doch in den USA, wo auf höchster Regierungsebene Klimaschutz nicht nur vernachlässigt, sondern für überflüssig befunden wurde, haben sich eine unverbrauchte Moralität und eine elementare Empörung erhalten. Vielleicht lassen sich die Europäer ja anstecken. «Ich habe das bei meiner Rede bemerkt», so Ringo, der auf dem KyotoPlus-Kongress in Berlin begeisterten Applaus bekommen hat, «die Reaktionen des Publikums zeigten genau dieses: Die Leute hier in Deutschland sind hungrig nach Leidenschaft. Sie haben die Botschaft erhalten, sie kennen die Beweise, sie haben die nötige Technik, jetzt brauchen sie einen Schuss in den Arm.»

Und wie lässt sich die Affekttemperatur aufrecht erhalten? «Die Welt braucht einen etwas anderen Blick auf die Lösung des Problems», erklärt Ringo. «So dass nicht gesagt wird: Das haben wir doch alles schon gehört. Dadurch geht viel Energie verloren.» Worauf zielt der andere Blickwinkel? «Eine Akzentverlagerung wäre etwa die Personalisierung. Man muss die Bewegung mit einem Gesicht verbinden. Wir müssen den Leuten zeigen, dass der Klimawandel auch den Durchschnittsmenschen auf tiefgreifende Weise beeinträchtigen wird. Wenn man ein Thema mit einem Gesicht verbindet, eignen es sich die Leute an.» Und Sie wollen das Gesicht sein? «Ich will das Gesicht sein.» Also sehe ich jetzt das Gesicht? «You see the face. I hope you like the face.»



Elisabeth Kiderlen war von 1992–98 Redakteurin bei Merian, 1998–2004 Feuilletonleiterin der *Badischen Zeitung*. Heute ist sie freie Journalistin, Autorin und Redaktionsleiterin von *Böll. Thema*.

Ein etwas anderer Blick

Da ist dieses unüberhörbare Schlurfgeräusch, mit dem unsere Jobs in chinesische Sweatshops gesogen werden und dort verschwinden; das laute Gegurgel, das entsteht, wenn die Chinesen sich unser intellektuelles Eigentum unter den Nagel reißen; das Zischen «unseres» russischen Gases, das jetzt plötzlich ostwärts geleitet wird. Es gibt auf der ganzen Welt keine mächtigere Dynamik als die momentan in China stattfindende Transformation. Aber unsere abwehrende Reaktion sagt mehr über Europa aus als über Chinas Wiederauftauchen als globale Kraft.

Keines der Gespenster, die uns in Angst und Schrecken versetzen, hat besonders viel Substanz. Was in China geschieht, ist für Europa eher eine Chance als eine Bedrohung. Und obwohl es auch Gefahren gibt, sind es nicht solche, die uns normalerweise schlaflos machen sollten.

Worum es wirklich geht, ist der Zusammenprall von Chinas Entwicklung mit den ökonomischen Grundlagen, die den Europäern ein Leben in Sicherheit und Wohlstand ermöglichen. Die Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind, heißt, gemeinsam in diese Grundlagen zu investieren, an denen auch China großes Interesse hat. Vom Erfolg dieser Bemühungen wird es weitgehend abhängen, ob wir dieses Jahrhundert vorrangig damit verbringen, auf unangenehme Ereignisse zu reagieren, die jenseits unserer Kontrolle liegen, oder ob die wechselseitige Abhängigkeit global so funktionieren kann, wie wir es heute schon in Europa kennen.

Nehmen wir die Energie. Eine ernsthafte europäisch-chinesische Partnerschaft sollte Investitionen in eine neue Generation effizienter, CO₂-armer Infrastrukturen verlagern. Damit könnte die Schablone für eine neue Energiewirtschaft geschaffen werden, mit der man die Energiebedürfnisse zuverlässig abdeckt, ohne eine Klimakatastrophe herbeizuführen.

Hier treffen sich europäische und chinesische Interessen. Wir wollen beide weniger abhängig sein von importiertem Öl und Gas. Wir brauchen beide Klimasicherheit. Wir brauchen beide in unserem Energiemix Kohletechnologien mit Null-Emission. Weil China so rasch Kapital einsetzen kann, bietet es die schnellste Möglichkeit, neue Energietechnologien zur Reife zu bringen, die sowohl in Europa als auch in China sinnvoll angewandt werden können.

Eine strategische Energie-Partnerschaft der EU und China würde den größten Markt der Welt an die am schnellsten wachsende Ökonomie binden und so die Entwicklung der Infrastruktur, die wir beide brauchen, beschleunigen. Diese Partnerschaft würde in einem höchst innovativen Wirtschaftssektor, dem Energiesektor, wachsende Märkte entstehen lassen und Europa den in Lissabon formulierten Zielen* näher bringen. Sie würde einen neuen politischen Raum schaffen für globale Klimaverhandlungen, indem sie zeigt, wie Klimasicherheit und Energiesicherheit gemeinsam erreicht werden können. Die europäischen Unternehmen würden davon profitieren. Und es wäre eine Art Vorwegnahme einer nachhaltigen globalen Wirtschaft, die nicht mehr von den fossilen Energieressourcen aus politisch instabilen Weltregionen gebremst wird.

China sucht dieses Gespräch. China glaubt stärker an Europa, als wir selbst es tun: Aus Peking-Perspektive erscheint eine von der weichen Macht Europas beeinflusste Welt wesentlich attraktiver als eine, die von der härteren US-Variante gemeißelt wird. Die chinesische Führung weiß, dass die Energieknappheit, mit der sie zu kämpfen hat, die Stabilität ihres Landes bedroht.

Das ist nur ein Teil der umfassenderen Chancen, die China uns bietet. Wir brauchen ein erfolgreiches, stabiles China, um die Früchte der Investitionen zu ernten, die unsere Renten sichern. Wir brauchen ein global verantwortungsbewusstes China, das glaubt, dass es durch einen transparenten Multilateralismus und durch Einhaltung internationaler Gesetze seine Ziele besser erreichen kann als durch irgendwelche Techtelmechtel mit Diktatoren. Wir müssen durch unser Engagement den Einfluss derjenigen Personen und Gruppen in China stärken, die die chinesischen Interessen ähnlich einschätzen.

Für die europäische Diplomatie gibt es hier allerdings eine große Barriere. Wir werden das erforderliche politische oder finanzielle Kapital nicht aufbringen, wenn wir das europäische Projekt selbst nicht selbstbewusster und stärker nach außen hin vertreten. Das müssen wir tun, denn sonst können wir weder unsere Ziele verwirklichen noch die Frustration vertreiben, die von den Europäern auf der Straße und an der Wahlurne zum Ausdruck gebracht wird.

Dabei geht es nicht nur darum, gute politische Strategien zu entwickeln. Man muss vor allem auf eine politische Mobilisierung hinarbeiten, um die Koalitionen zu knüpfen und zu erhalten, die man zur Unterstützung dieser politischen Ziele braucht. Man braucht ein politisches Führungspersonal, das begreift, dass Europa, in der durch Globalisierung veränderten Landschaft, sich erneut im Spiegel der Welt sehen muss.

Wir haben das europäische Projekt geschaffen, weil die Geschichte uns gelehrt hat, dass man auf einem Kontinent, auf dem jeder auf den anderen angewiesen ist, nur dadurch Sicherheit und Wohlstand erreichen kann, dass man die Souveränität teilt. Wir haben gesehen, dass uns das gelingt, ohne die Verschiedenheit der Kulturen und Identitäten zu untergraben, die uns allen so lieb und teuer sind. Jetzt brauchen wir die visionäre Kraft und den Mut, um diese mühsam gewonnenen Erkenntnisse mit der Wirklichkeit globaler Interdependenzen zu verbinden.

Übersetzung: Adelheid Zöfel

- * Die Lissabon-Strategie ist das auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs 2000 verabschiedete Programm, das zum Ziel hat, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Mit dieser Strategie will die EU «im Rahmen des globalen Ziels der nachhaltigen Entwicklung ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt der Welt sein.



John Ashton ist Sonderbotschafter für Klimawandel des britischen Außenministeriums. 2004 gründete er E3G, eine Agentur für die dritte Generation von Umweltschützern, die sich für den Übergang zur nachhaltigen Entwicklung einsetzt. Sein Spezialgebiet ist China.

Der Artikel erschien zuerst in *E!SHARP*, dem Zweimonatsmagazin für Europäische Angelegenheiten. www.peoplepowerprocess.com/flash-mag

Manna vom Himmel

Beim CO₂-Emissionshandel wird es demnächst um Billionen gehen. Wer bekommt dieses Geld? Vorstellung einer ungewöhnlichen Initiative.

Scarcity rent, also Knappheitsrente nennen die Wirtschaftswissenschaftler die zusätzliche Summe, die Leute für Dinge bezahlen, bei denen das Angebot wesentlich geringer ist als die Nachfrage. Wer mit Eintrittskarten spekuliert, verlangt für Billets fast ausverkaufter Konzerte einen solchen Zuschlag. Die OPEC treibt einen Knappheitszuschlag für Öl ein. Und genauso kassieren die Besitzer verkäuflicher Emissionshandelslizenzen diesen Knappheitszuschlag, wenn die Anzahl der Lizenzen durch CO₂-Obergrenzen limitiert wird.

Etwas, was bisher nicht mit Kosten belegt war – der Ausstoß von CO₂ in die Atmosphäre – wird nun auf dem Markt gehandelt. Die Summen, um die es hier geht, sind alles andere als gering, und sie werden noch enorm steigen, wenn die Regierungen dieser Welt erst einmal auf den Klimawandel reagieren. Eine Untersuchung in Großbritannien hat gezeigt, dass allein die dortigen Energiekonzerne letztes Jahr 1,5 Milliarden Dollar durch Emissionshandelslizenzen eingenommen haben, die sie von der britischen Regierung kostenlos erhalten – aber ihren Kunden in Rechnung gestellt hatten. Auch in den Vereinigten Staaten wird es in den nächsten Jahrzehnten um Summen im Bereich von einer Billion gehen. Da stellt sich die Frage: Wem gehört eigentlich dieses Geld? Oder, grundsätzlicher: Wem gehört die Luft? Und hier kommt US-Sky Trust (USST) ins Spiel.

Sky Trust ist eine amerikanische Treuhandgesellschaft in Vorbereitung. Das ungewöhnliche Vorhaben dieser Initiative ist es, den amerikanischen Anteil der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Treibhausgase zu verwalten. Sie will, dass der Schutz der Atmosphäre, die der gesamten Menschheit gehört, auch der Menschheit und nicht einigen privaten Firmen zu Gute kommt. Erreichen will US-Sky Trust dies mit einem privatwirtschaftlichen Mechanismus zur Reduktion von US-Treibhausgasen, der ein Minimum an ökonomischen Kosten mit einem Maximum an sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Der Sky Trust geht davon aus, dass der amerikanische Kongress innerhalb des nächsten Jahrzehnts den US-Anteil von CO₂-Emissionen zuteilen wird. Und so beabsichtigt er, eine landesweite Kampagne zu lancieren, um ebendiese zu erhalten. Denn natürlich wird Sky Trust nicht der einzige Bieter auf dem Markt sein, er wird um diese Emissionsrechte mit privaten Körperschaften konkurrieren müssen. Doch Sky Trust hat einen Wettbewerbsvorteil: Diese Treuhandgesellschaft wird alle amerikanischen Bürger gleichermaßen repräsentieren, ihre Mitbewerber hingegen vertreten nur einen schmalen Ausschnitt der Bevölkerung, nämlich die Aktionäre. Der beträchtliche Gewinn sollte für das Allgemeinwohl verwendet werden, zum Teil als Bürgerdividende als Gegengewicht zu den steigenden Energiepreisen für die Verbraucher, zum Teil als Investition in saubere Technologien, öffentlichen Verkehr, Wiederaufforstung, Energieeinsparung...

Es wäre eine tragische Ironie des Schicksals, wenn die «Lösung» des Klimawandels es mit sich brächte, dass riesige Summen an die Umweltsünder gehen, die größtenteils für das Problem verantwortlich sind. Das wäre so, als würde man die Tabakkonzerne, die in der Vergangenheit für unzählige Fälle von Lungenkrebs verantwortlich sind, mit Milliarden Euros belohnen.

Übersetzung: Adelheid Zöfel



Peter Barnes hat die US-Sky Trust Initiative (USST) in Kalifornien gegründet und ist Verfasser von «Capitalism 3.0: A Guide to Reclaiming the Commons».

Baustellen der Zukunft – Angelsächsische Projekte gegen den Klimawandel

THE CLIMATE GROUP – MITGLIEDER WELTWEIT (www.theclimategroup.org)

The Climate Group (°C) ist eine unabhängige Non-Profit-Organisation, die bei Wirtschaft und Politik Führungsfähigkeit in der Klimafrage fördert. Niederlassungen von The Climate Group gibt es in Großbritannien, den USA und Australien. Die Organisation operiert weltweit. The Climate Group wurde 2004 von unterschiedlichen Firmen, Regierungen und Individuen gegründet, die dem Kampf gegen die globale Erwärmung ein neues Momentum verpassen wollten. The Climate Group fördert die Entwicklung von und die Teilhabe an Expertenwissen darüber, wie Firmen und Regierungen den Weg in eine Ökonomie mit niedrigem CO₂-Verbrauch beschreiten und gleichzeitig Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit ankurbeln können.

Einige Mitglieder:

- **Alcan Inc.** Global Player der Aluminium- und Verpackungsbranche, verantwortlich für 13 Prozent der Weltaluminiumproduktion. 1990–2000 Reduktion von Prozessemissionen um 65 Prozent.
- **Allianz Gruppe.** Der große Finanzdienstleister entwickelte einen besonderen Zugang zum Risikomanagement des Klimawandels.
- **Austin Energy.** Die Elektrizitätswerke der Stadt Austin, Texas, erhielten für ihre CO₂-Reduktion auf dem Gipfel von Rio den UN-Umweltpreis von 1992.
- **British Petroleum.** BP investierte 1998 zwanzig Millionen Dollar in CO₂-Reduktionsstrategien und erwirtschaftete 650 Millionen durch Einsparungen.
- **British Telecom.** BT reduzierte CO₂-Emissionen um 71 Prozent zwischen 1991 und 2004.
- **Catalyst.** Der kanadische Papierhersteller hat seit 1990 seine CO₂-Emissionen um 61 Prozent gekappt.
- **Greater London Authority.** London will bis 2010 genug regenerative Energie für 100.000 Wohnungen erzeugen.
- **Johnson & Johnson.** Die Firma für Hygiene- und Gesundheitsprodukte hat sich verpflichtet, bis 2010 die eigenen Emissionen um sieben Prozent unter die von 1990 zu senken.
- **Der Staat Kalifornien.** Förderung von Energieeffizienz: Neue Autos sollen bis 2016 dreißig Prozent weniger CO₂ emittieren.

- **Province of Manitoba.** Die kanadische Provinz experimentiert mit einem Energiemix aus Wasserstoff und Windenergie und testet das Potenzial von Wasserstoffzellen mit Prototypen in den eigenen Straßen.
- **Der Staat New York.** Bis 2013 soll die Versorgung durch regenerative Energie 25 Prozent des gesamten Verbrauchs ausmachen.
- **Starbucks.** Der Kaffeehändler hat sich verpflichtet, für soziale, ökologische und ökonomische Verbesserungen in den Kommunen zu sorgen, mit denen er Geschäfte macht.
- **Timberland.** Die Schuhfirma hat sich erneuerbaren Energien und umweltfreundlichem Transport verschrieben.

CARBON DISCLOSURE PROJECT – UMWELTVERHALTEN ÖFFENTLICH MACHEN (www.cdproject.net)

Das Carbon Disclosure Project (CDP) ist der weltweit größte institutionelle Zusammenschluss von Investoren, die sich mit den geschäftlichen Implikationen des Klimawandels beschäftigen. CDP bittet Firmen, ihre Treibhausgasemissionen öffentlich zu machen. CDP wurde im Dezember 2000 in der Downing Street No. 10, London, gegründet. Seitdem schickt das Projekt seine Fragebögen jedes Jahr an die 500 größten Firmen der Welt. 2006 hat das CDP erstmals 2180 Firmen angeschrieben und immerhin über 950 davon haben den Fragebogen ausgefüllt. Das Carbon Disclosure Project ist ein Sonderprojekt der Rockefeller Foundation. Sein Ziel ist es, auf der Grundlage ökologischer Informationen Stifter, Berater und Investoren zusammenzuführen.

CLEAN ENERGY GROUP – INVESTITIONEN FÜR DIE ZUKUNFT (www.cleanenergygroup.org)

Clean Energy Group (CEG) ist eine Non-Profit-Organisation, die eine technologische Wende anstrebt. CEG wurde 1998 gegründet. Die Gruppe fördert Programme, welche die jetzige Generation von Energietechnologien durch neue, saubere Technologien ersetzen will und zwar durch kreative Finanzierung, Geschäftspartnerschaften und einer neuen Politik der öffentlichen Hand innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten. CEG arbeitet zusammen mit amerikanischen Non-Profit-Repräsentanten, die für Einlagen von 3,5 Milliarden Dollar in Clean Energy Fonds verantwortlich sind.

STOP CLIMATE CHAOS – «YOU COUNT!» (www.stopclimatechaos.org)

Stop Climate Chaos ist ein Zusammenschluss von 45 englischen Umweltgruppen, Frauenorganisationen, Glaubensgruppen, Naturschutzgruppen und sozial engagierten Gruppen. Das Ziel des Bündnisses ist es, öffentlichen Druck auf die britische Regierung auszuüben, damit diese stärker gegen den Klimawandel tätig wird. Mitte November brachte diese Dachorganisation unter dem Motto «You count!» allein in London 10.000 Leute für eine konsequentere Klimapolitik auf die Straße.

E3G – EIN GENERATIONENPROJEKT (www.e3g.org)

E3G ist eine unabhängige, 2004 gegründete Non-Profit-Organisation mit Sitz in England. Ihr Ziel: den Übergang zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung zu fördern. E3G wurde von John Ashton, Tom Burke und Nick Mabey gegründet. Die heutige Direktorin für Klima und Energiesicherheit ist Jennifer Morgan. E3G steht für «Environmentalists 3rd. Generation». Diese dritte Generation von Umweltpolitikern sind «Insider», die auf allen Ebenen von Regierungen, Firmen, Universitäten, Gewerkschaften, Berufsvereinigungen und Freiwilligenorganisationen zu finden sind. Sie teilen die Sorge über Stabilität, Sicherheit und den Erhalt unseres Planeten. Ein Ziel von E3G ist es, diese dritte Generation zu befähigen, über alle institutionellen und politischen Grenzen, die den Wechsel in der Klimapolitik behindern, hinweg zusammenzuarbeiten.

Zu Anfang konzentrierte sich E3G auf hochrangige diplomatische Aktivitäten, was mit den beruflichen Erfahrungen und dem Einfluss der Gründer zu tun hatte. Inzwischen ist das Portfolio ihrer Aktivitäten angewachsen. Im Zentrum steht die Bemühung, die Klimadebatte auf die Frage zu konzentrieren, in welcher Größenordnung und mit welcher Geschwindigkeit in Klimasicherheit investiert werden muss. Dafür ist auch ein effektives europäisches Handeln nötig. E3Gs Ziel ist es, Europa auf seine «Mission» vorzubereiten, als Wegweiser des globalen Übergangs zur nachhaltigen Entwicklung zu dienen. E3G-Gründer und Mitarbeiter sind darin erfahren, Ministerien und Regierungsabteilungen vieler Länder zu beraten. So war, um nur ein Beispiel zu nennen, E3G beteiligt an der informellen Diplomatie, die zur Übereinkunft zwischen EU und China geführt hat, als erste Demonstration der neuen Technik das avancierteste CO₂-arme Kohlekraftwerk in China zu bauen.

Bildnachweis **Ludwig Rauch** S. 13 o
 Annette Maennel S. 13 u
 Bündnis 90/Die Grünen S. 18 o
 Stefan Ostermeier S. 18 m
 Privat S. 18 u, 26, 32, 35, 37, 40, 42, 44
 BMU S. 21
 G. Schleser S. 29 o
 Wolfgang Borrs S. 29 u